

## Die Würsteln des Herrn Fremuth

29. Juni:

Die erste Hauptversammlung des Verbund-Konzerns nach seiner Teilprivatisierung war langweiliger als erwartet.

Zugelassen war ich. Metalldetektorenuntersucht am ganzen Leib, meine Tasche durchleuchtet, meine Stimmkarten geprüft, hantle ich mich von einem freundlichen aber bestimmten Aufpasser

der Konferenzzentrumsgesellschaft zum nächsten, bis ich eintauche in den Kreis derer, die gleich mir Aufnahme fanden in des edlen Konzerns vornehmer Versammlung.

### Außerdem in diesem TATblatt:

Ein Sozialhelfer beobachtete Polizisten bei der Mißhandlung eines Jugendlichen, erstattete Anzeige und wurde schließlich wegen Verleumdung zu 3 Monaten Haft verurteilt  
(Seite 5)

Der Einfluß multinationaler Konzerne auf die österreichische Wirtschaft  
(Seite 8)

Bevölkerungspolitik und Gentechnologie - ein GeGENschlag  
(Seite 9)

taz jagt Emma jagt Spitzel  
Die erschreckende Suche nach X, dem Empfänger des von Ingrid Strobl gekauften Weckers  
(Seite 11)

Interview mit einer Frau aus der Intifada  
(Seite 18)

und vieles andere

(TATblatt/gr)

"Wir haben uns in der Vorbereitung auch im Ausland angesehen, wie dort große Konzerne in Streubesitz solche Massenversammlungen abhalten." So oder hinreichend ähnlich bemühte sich Herbert Krejci, vorangegangens

daß Daimler-Benz oder Philips ihren AktionärInnen Frankfurter, Käsekraier oder Debreziner vorsezen. Vor diese Wahl gestellt fand ich mich nämlich, und entschied mich für Semmel pur.



Hainburg 1984...

Kopfzerbrechen zu illustrieren. Unklar blieb allerdings, ob er - diesmal in der Rolle des Aufsichtsratsvorsitzenden brillierend - sich dabei nur auf die Sicherheitsmaßnahmen bezog, oder dem generellen Ablauf Europareife zusprach.

Zumindest in einigen Details halte ich das für eher unwahrscheinlich. Ich kann und will einfach nicht glauben,

**"Man kann sich hier in diesem Land nur wundern"**

Offensichtlich waren sich der angesprochenen Reife ihres Konzerns die drei Herren am Podium - neben Krejci noch Fremuth und Vizefremuth Zach - sicher. Denn Thema ihrer Äußerungen war sie nur ganz am Rande, und

bitte umblättern

## Fremuth's Würsteln

Fortsetzung von Seite 1

das Streben der Drei galt dem Beweis einer ganz anderen Reife, nennen wir sie "für die neue Zeit", für Umdenken, Energiesparen, für Umweltschutz, überhaupt: für die Zukunft eben. Und ganz im Zeichen dieses Strebens standen dann auch die ersten Stunden: Auf eine Sympathiebekundung Zachs für die Atomkraft folgte ein Bekenntnis Fremuths zum Energiesparen, Fremuths Verwunderung darüber, daß in Österreich mancherlei zu bauen nicht mehr möglich ist, wurde von einem Bekenntnis Krejcis zum Boden der Rechtsstaatlichkeit abgelöst.

Zentrale Stellung im Reigen der Bekenntnisse nahm dasjenige zu Offenheit und Transparenz ein. Besonders beeindruckend hier Krejcis Darstellung des Aufsichtsratsvorsitzenden. Freundlich, ohne jegliche Aggression gegen die nicht enden wollende Schlange der FragestellerInnen, bereit, die ohnedies freundliche Atmosphäre durch Zwischenbemerkungen bei gegebenem Anlaß weiter zu entspannen. Selbst der sonst kühle Fremuth ließ sich davon mitreißen, als ihm von Christoph Chorherr, Energiesprecher des grünen Klubs, eine Energiesparlampe - das "Negakraftwerk" - überreicht wurde.

### "Schwimmwesten für die ZillertalerInnen"

"Glasnost in den Verbund" ist auch das Ziel der Alternativen AktionärInnen. Daß sie damit genau in die Imageverbesserungskampagne des Vorstands paßten, darauf waren sie, scheint's, nur mangelhaft vorbereitet. Ihre mehr oder weniger sachlichen Fragen wurden alles in allem auch einigermaßen sachlich beantwortet, die wenigen Versuche, nicht nur direkte Informationen zu erlangen, sondern auch persönliche Kommentare abzugeben und nicht-hochfachliche Kritik anzubringen, wurden emotionslos hingenommen. Und über Serien von Anfragen und diesen folgenden Serien von Beantwortungen wurde es Nachmittag. Einziger greifbarer Erfolg: Fremuths Diktion beim Vorlesen der Antworten wurde von Stunde zu Stunde eintöniger.

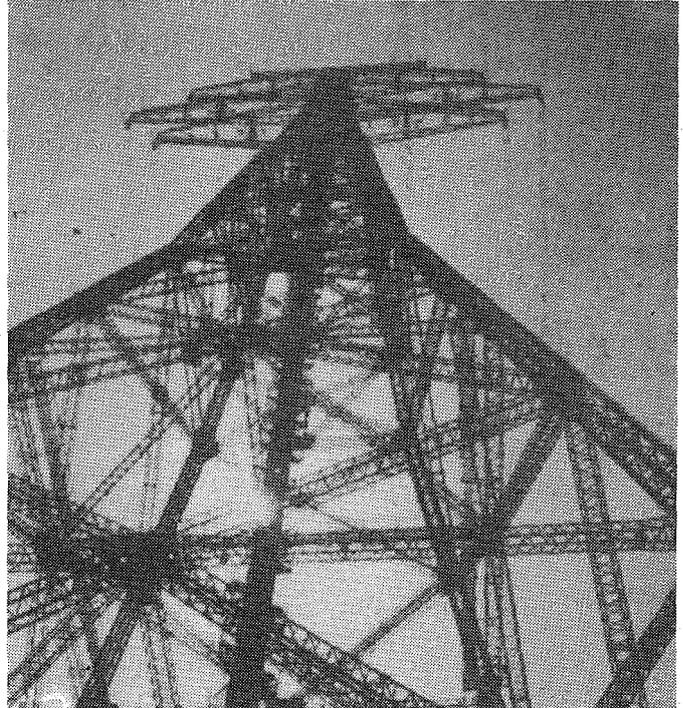
Gegen 16 Uhr leichtes Aufatmen: es gibt Topfenkolatschen und andere

Mehlspeisen.

Der Fragemodus unterbindet jede Diskussion, die Wortmeldungen laufen einfach ins Leere, bis die Antworten kommen, werden ein Dutzend weiterer Themen angeschnitten. Und auf die Antworten selbst, sind Gegendarstellungen kaum mehr möglich, da zwischen Wortmeldung und tatsächlicher Redemöglichkeit Stunden vergehen. So bleiben auch die Wortmeldungen einiger Leute aus dem Zillertal wirkungslos. Die Pläne des Verbunds für den weiteren Ausbau der bereits jetzt energiewirtschaftlich am intensivsten genutzten Region der Welt - durch die auch der letzte größere Seitenbach der Ziller abgeleitet würde - und die Gefährdung der Bevölkerung durch Risse in einer der Staumauern bleiben zwei von ein paar Dutzend kurz abgehandelten Sachfragen. In keiner einzigen dieser Fragen gelingt es, wirklich nachzuhaken, zu den Antworten Stellung zu nehmen oder gar den Vorstand in die Enge zu treiben.

### "Der Herr Vorsitzende als Sitzungspolizei"

Zu einer wirklichen Konfrontation mit der Saalmehrheit und dem Vorstand kommt es erst spät, und auch da nicht um politische Inhalte, sondern um die Redezeit. Die nadelbestreiften Herren möchten nach Hause. Von FragerIn zu FragerIn steigt die Unruhe im Saal. Während Fremuth immer monotoner und Zach immer schweigsamer wird, ist es vor allem der Vorsitzende, der für Spannung sorgt. Die zentrale Frage der frühen Abendstunden: Was wird sich durchsetzen, politisches Kalkül oder Krejcis Cha-



rakter?

Mit diesem meisterlich inszenierten "i oder i"-Konflikt erreichte die Versammlung gegen 20 Uhr doch noch einen Höhepunkt. Jetzt endlich wurden die FragerInnen niedergebüllt, entlud sich der Zorn des Aufsichtsrates und der um das Wohl ihres Konzerns besorgten AktionärInnen über dem Haupte der grünen StörenfriedInnen.

Aber ach, beinahe in letzter Minute, als die Redezeit vom Vorsitzenden - der in seinem Amt als "Sitzungspolizei" von einigen seiner Kollegen zu weit schärferen Maßnahmen gedrängt wurde - bereits auf drei, vom Auditorium auf eine halbe Minute reduziert worden war, faßte sich Krejci doch noch, gelang es ihm doch noch, die Kontrolle über sein militärisches Naturell wiederzuerlangen.

Statt des Eklats kam es zu den Abstimmungen. Krejci war wieder ganz Vorsitzender. Mit der sicheren Mehrheit von 99,84% - so viele Ja-Stimmen erhielt der Antrag des Vorstands mit der geringsten Zustimmung - im Rücken, gingen ihm Sprüche von den Lippen, die selbst Gorbatschow nicht besser formuliert hätte. Seine Schlußbemerkungen werden hoffentlich demnächst in Buchform erscheinen.

"Die Farbe dieses Widerstands ist weder Grün noch Weiß, sondern Rot-Weiß-Rot." So kommentierte KPÖ-Sprecher Silbermayr den Anti-EG-Widerstand anlässlich eines "Volksfestes mit Protestcharakter" (offizieller Titel) im Volksgarten, das von Grünen, KP und zahlreichen unabhängigen Gruppen organisiert wurde. Ob diese Worte die meisten mitveranstaltenden Gruppen gefreut hat, sei dahingestellt. Wie auch immer:

ein paar hundert Leute sind gekommen, sauften und feierten gegen die EG.

Und dennoch: Der "Brief nach Brüssel" wird abgeschickt, das hat zumindestens der Nationalrat keine 5 Tage später, nämlich am 29. Juni, beschlossen.

Doch noch ist nicht aller Tage abend....

EG:

## Leichen im Straßengraben

### Verkehrsdienst des Autonomen Stadtfernsehns

(asr; asf; TATblatt)

Ein Sonntag Abend am 2. Juli. Ein Fernsehabend, wie schon gar mancher anderer. Plötzlich düdeldüdüdü... Verkehrsdienst - und das im Fernseh! "ASR<sup>(1)</sup> und ASF<sup>(2)</sup> melden: Auf dem Weg nach Brüssel liegen viele Leichen im Straßengraben..." Düdel-düdüdüdü. Alles scheint wieder normal. Plötzlich ein Klirren als berste der Fernseh Bildschirm. Doch dann endlich die vertraute sonore Stimme (was sonor auch immer bedeuten mag) des Günther Schifters: "Herzlich willkommen bei einer Sendestörung des Autonomen Stadtfernsehns!" Was aber hatten die FernsehpiratInnen diesmal wieder in den staatlichen Frequenzen zu suchen? Was hatten sie zu sagen?

Die nächsten Leichen wären dann die Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, deren Löhne den Unternehmern trotz Sozialabbau noch viel zu hoch sind, und die daher entlassen werden, weil die Löhne in Spanien, Portugal oder Griechenland doch viel

nahmen bezeichnet,... und die, ja die in jedem Fall also auch ohne EG-Beitritt, durchgeführt werden.

Was folgern wir daraus also: Wir werden strukturbereinigt, so oder so, mit oder ohne EG.

Warum aber sind wir dann eigentlich gegen die EG? Ganz einfach: Es macht einfach einen großen Unterschied ob der Gegner am Wiener Ballhausplatz oder irgendwo in Brüssel sitzt. Und deswegen werden wir auch alles daran setzen einen EG-Beitritt zu verhindern.

Die Regierung vertritt nicht die Interessen der Menschen, die in Österreich leben, arbeiten und atmen, nein, sie vertritt die Interessen der Industriellen und der multinationalen Konzerne.



Europa (Ausschnitt) mit Österreich (Pfeil)

"Ja, »am Weg nach Brüssel liegen viele Leichen im Straßengraben«, das sagte Ende 1987 ein Mann, der es wissen mußte. Der Präsident der Industriellenvereinigung. In einem Interview - mit der Presse.

Wer aber werden diese Leichen nun sein? Das Autonome Stadtfernsehns ist dieser Frage nachgegangen. Und wir fanden sie auch,... die Leichen in spe...

Da waren einmal die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, die nicht die EG-Norm erfüllen können, die besagt, daß nur förderungswürdig ist, wer mindestens so etwa 60 Kühe im Stall hat. Ein durchschnittlicher österreichischer Kuhstall beherbergt aber nur so 4 bis 6 Kühe.

niedriger sind.

Und schließlich wär da noch die Umwelt, deren Schutz von der EG als Hadelshemmnis angesehen wird.

Im Straßengraben also werden weder Vranitzky, noch Mock, noch Haider, und auch nicht Krejci liegen, sondern wir!

Wir, wenn wir arbeitslos sind, aus unseren Wohnungen oder von unserem Land vertrieben werden, vom Atmen der Luft erkranken, und so weiter... Dann, dann sind wir Opfer einer Politik, die die Regierung zynisch als Strukturbereinigungsmaß-

Unsere Interessen können wir nur selbst vertreten!"

Und schon hörte man/frau wieder das Klirren von Scheiben... ehe die Worte "Wir brachten eine Sendestörung des Autonomen Stadtfernsehns" wieder in das normale ORF<sup>(3)</sup>-Programm überleiteten, von dem während der Störung nur mehr das Bild zu sehen war. Die Sondersendung konnte in verschiedenen Grätzeln Wiens jeweils zeitversetzt störungsfrei empfangen werden.

Erläuterungen:

(1) Autonomes Stadtradio

(2) Autonomes Stadtfernsehns

(3) Österreichischer Rundfunk

# Zivildienstbericht 1989

Der Bericht des Innenministers und des Vorsitzenden der Zivildienstoberkommission für die Jahre 1987 und 1988 liegt vor. Es gibt wieder mehr Antragsteller und es werden auch mehr anerkannt. Sie machen aber den Rückgang seit 1984 nicht wett. Relativ zu der drastisch verminderten Zahl an Wehrpflichtigen (geburtenschwache Jahrgänge) gibt es aber seit 1982 einen Höchststand an anerkannten Wehrdienstverweigerern.

(zam-zeitschrift für antimilitarismus)

In Zahlen: 1988 stellten 8% der Tauglichen einen Antrag auf Befreiung von der Wehrpflicht. 5,6% wurden als Wehrdienstverweigerer anerkannt, das ergibt eine Anerkennungsrate von insgesamt 68%. 61% kamen bei der ZDK (Zivildienstkommission) durch, 35% bei der ZDOK (Zivildienstoberkommission). 68% der abgewiesenen Antragsteller beriefen.

1987 und 1988 wurden 88 Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof gegen abgewiesene Bescheide der ZDOK erhoben. Davon wurde nur 8 (!) stattgegeben und der Bescheid aufgehoben. 66 wurden abgewiesen. Bei der Anerkennung gibt es ein Ost-West-Gefälle. Dies beruhe nicht auf verschiedenen Rechtsauffassungen der Senate, sondern auf unterschiedlicher Beweiswürdigung.

Bemängelt wird, daß jüngere Mitglieder der Kommissionen nicht die erforderliche Erfahrung im Umgang mit geschulten Antragstellern haben. Es stellen mehr "in der Landwirtschaft tätige" einen Zivildienstantrag. Die Zahl der "Spätwandler", die schon Präsenzdienst geleistet haben, nimmt ab. Am stärksten stieg die Zahl der Antragsteller im Burgenland und in Salzburg um je 19% und in der Steiermark um 10%. In Niederösterreich und Kärnten wurden weniger Anträge gestellt.

58,5% der Zivildienststellen wurden besetzt, dh es gibt fast doppelt soviel Zivildienstplätze als Zivildienstler! Das Innenministerium schließt nur mehr Verträge mit Rechtsträgern von anerkannten Einrichtungen im sozialen Bereich (Krankenanstalten, Rettungswesen, Sozialhilfe insbesondere Behindertenhilfe), in der Katastrophenhilfe, im Zivilschutz und im Rahmen der Zivilen Landesverteidigung.

In diesem "sozialen Bereich" sind auch 87% der Zivildienstler tätig. Allein 28%

der Zivildienstplätze sind bei der Rettung. "Eine sehr niedrige oder gar keine Vergütung gemäß §41 Abs 1 ZDG (dh für die Trägerorganisationen sind die Zivildienstler gratis; Anm.ZAM) leisten Rechtsträger wie der Arbeiter-Samariterbund Österreichs, das Österreichische Rote Kreuz, die Feuerwehrverbände, der Österreichische Zivilschutzverband u dgl, bei denen Zivildienstleistende in einer entsprechenden Anzahl und in Bereichen eingesetzt werden, die für einen Einsatz im außerordentlichen Zivildienst von besonderer Bedeutung sind." Fast alle Einrichtungen wurden verpflichtet, gegebenenfalls Quartiere zur Verfügung zu stellen.

Es wird das EDV-System ZIVAO eingesetzt. Gespeichert sind Kurzinformationen zur Person von Zivildienstpflichtigen für einen allfälligen Einsatz im außerordentlichen Zivildienst, "Nationale" (dh Name, Adresse und so), Verwendung während des ordentlichen Zivildienstes, Spezialkenntnisse. Bezweckt wird eine rasche Heranführung einzusetzender ZD-Pflichtiger. Der Grundlehrgang wurde einsatzorientiert ausgerichtet.

Die Kosten für den Grundlehrgang beliefen sich 1987 auf S 21 972 437,96; 1988 auf S 22 389 461,07. Zur ZDG-Novelle wird bemerkt, die ZDOK sei als Berufungsinstanz im Verwaltungsstrafverfahren nach dem ZDG eingeführt worden, "um der (bereits erwarteten) Aufhebung des §60 ZDG (in der Fassung vor Inkrafttreten der ZDG-Novelle 1988) durch den Verfassungsgerichtshof (kundgemacht im BGBl Nr 627/1988) zuvorzukommen."

## Listige Umtriebe in der Stadt

Ein antimilitaristischer Aktionstag, von der Gruppe für Totalverweigerung initiiert, findet am Samstag, den 15. Juli statt. Nähere Auskünfte: Antimilitaristische Gruppe Wien/Gruppe für Totalverweigerung (Tel [0222] 63 80 653)



ORF:

## Das Ende einer fortschrittlichen Radiosendung

(TATblatt)

"U8", das wöchentliche StudentInnenmagazin von Radio Wien, wo auch schon mal das "Projekt Zweitageszeitung" (also das TATblatt halt, daß damals allerdings noch keinen Namen hatte) vorgestellt wurde, soll mit Ende August eingestellt werden. Ebenfalls eingestellt werden soll das Jugendmagazin "Tschiff". Die Redakteursversammlung des Studio Wiens verschiedete daraufhin eine Protestresolution an den Intendanten, in der u.a. kritisiert wurde, daß der Intendant es nicht einmal für notwendig erachtet hatte, seiner Verpflichtung gemäß den

Redakteursausschuß darüber zu informieren.

Doch es kommt auch schärfer, im Brief an den Intendanten: "Ihre Argumentation, 'keine Schrebergärten' zu halten [d.h. keine schicht-/berufsspezifische Sendungen] wirft die Frage auf, warum gerade ein Studentenmagazin aufgelöst wird, nicht jedoch zB Sendungen für Soldaten oder Fischer."

Die beiden Sendungen dienen seit Jahren auch als Ausbildungsstätte junger JournalistInnen.

## Bei polizeilicher Amtshandlung vergessen wegzuschauen: 3 Monate unbedingt

"Würde ich jeden Polizeiübergriff, den ich im Rahmen meiner Tätigkeit beobachte, anzeigen, hätte ich keine Zeit mehr für meine Arbeit.", meinte Wolfgang K., Sozialhelfer in Wien. Einmal allerdings erstattete er doch Anzeige, weshalb er nun zu dreimonatiger Haft ohne Bewährung verurteilt wurde.

(Revolutionsbräuhof, akin, TATblatt)

Wolfgang hatte am 15.5. letzten Jahres beobachtet, wie zwei Polizisten den von verschiedenen bewußtseinsverändernden Substanzen benommenen Michael Z. in der Karlsplatzpassage "würgten, traten und ins Wachzimmer schleiften." Er erstattete Anzeige. Doch die Beamten meinten, den stürzenden "Giftler" nur "aufgefangen" und außerdem leicht angestoßen zu haben, um ihm zum Aufstehen zu bewegen. So kam es zum Prozeß. Gegen Wolfgang, den Sozialarbeiter, wegen Verleumdung §297 StGB.

Beim Prozeß am 21. Juni verzichtete der Richter auf die Einvernahme der Polizisten und schloß die Beweisaufnahme gleich nach Verhandlungsbeginn. Die Verteidigung nahm dies ohne Protest hin, da sie wegen dieser Verfahrensbeschleunigung mit einem Freispruch rechnete.

Drei Zeugen, die Wolgangs Aussage bestätigen hätten können, sind inzwischen an Drogenkonsum verstorben.



### Waffenbesitz? Sachbeschädigung? Freispruch

(TATblatt)

Am 28. Juni hatte Hubert K. vor dem Wiener Landesgericht II einen Prozeß wegen Sachbeschädigung (er soll auf einen Stromkasten ein Plakat achiffiert haben) und wegen illegalen Waffenbesitz (da er, als er wegen der angeblichen Sachbeschädigung von der Polizei angehalten wurde, einen Tränengasspray mit sich führte). Nach Anhörung seiner Prozeßerklärung wurde er freigesprochen.

"In dubio pro reo" müsse geurteilt werden, da seiner Meinung nach der Vorfall gänzlich ungeklärt sei und so der Angeklagte im Zweifel freigesprochen werden müsse, plädierte der Verteidiger. Auch meinte er, daß selbst bei Anerkennung der Richtigkeit der polizeilichen Darstellung der Angeklagte nicht wissentlich gehandelt habe, da es für ihn auf Grund der Entfernung durchaus so ausgesehen habe konnte, als mißhandelten die Polizisten, selbst wenn dies nicht dem tatsächlichen Hergang entspräche. Weiters wies er darauf hin, daß ein solches Handeln Wolgangs auch völlig unlogisch sei, da er wohl keinen Grund dafür gehabt haben konnte.

Aber der Staatsanwalt widersprach

dem insofern, als daß er zwar auch kein Motiv sehen könne, dieses für eine Verurteilung aber nicht notwendig sei. Das letzte Wort aber hatte Wolfgang selbst: Dieser ist erstmal sprachlos, weiß dann nur noch seiner Frustration Ausdruck zu verleihen, da er "schon viel Ärgeres gesehen" hätte, damals es aber nie angezeigt hätte.

Der Richter gibt ihm gleich noch mehr Grund, frustriert und sprachlos zu sein: Er verurteilt ihn zu 3 Monaten Haft ohne Bewährung. Er mußte so urteilen, beteuerte der Richter, hätte Wolfgang doch selbst im Schlußwort noch in der Verleumdung verharret.

Wolfgang legte Berufung ein.

## Heavy MetallerInnen gegen Polizeigewalt

(Flugblatt)

Am Samstag, den 1.7.1989, ging die "Rock gegen Gewalt"-Tournée, die Jugendkontaktbeamte organisierten, mit einem Abschlußkonzert in Wien zu Ende. "Heavy MetallerInnen gegen Polizeigewalt" schauten da nicht einfach zu, hier ein Flugblatt-Text von ihnen:

"Die Jugendkontaktbeamten (...), das sind auch jene Kiwara, die uns mit ihrer Gewalt bedrohen bei Personalienüberprüfung und Personendurchsuchung, mit Prügel auf Demos und Fußballplätzen oder mit ihren Foltermethoden im Knast. Mit jenen, die in unseren Alltag und in unsere Lebenszusammenhänge eindringen, um uns die Normalität des kapitalistischen Alltags einzubleuen, mit jenen Bütteln also gehen Hard Rock Bands auf Tournée. Daß auch wir Gewalt auf Konzerten Scheiße finden, ist (hoffentlich) klar. Aber daß Mensch deswegen mit den Schlägern der Staatsge-

walt kooperieren muß, bleibt uns ein Rätsel.

Es kommt noch dicker: eine alte Forderung der Wiener Rockszene ist ein eigenes Rockhaus; diese Rockhaus gibt es jetzt: jener Typ, der für die Tournée mit den Kobs verantwortlich ist, hat das Rockhaus (ehem. "Fritz") von der SPÖ bekommen. Wir können annehmen, daß bei allen Veranstaltungen die dort ablaufen, die Kiwara als Freunde des Hauses aus- und eingehen werden und damit wollen wir uns nicht abfinden.

Aus diesem Grund soll es im Herbst eine eigenständige Tournée geben, mit der wir zeigen wollen, daß wir mit den heimischen unabhängigen Bands selbst Rockkonzerte organisieren können und nicht auf die Hilfe von Bullen angewiesen sind: Für eine von Kobs, Industrie, Staat und Parteien unabhängige Rockmusik! Keine Hardrockkonzerte von und für Kiwara!"

## Der vergessene Gefangene

### Die Haft des "Palmers-Entführers" Thomas Gratt

(Flugblatt)

Im November 1977 wurde Thomas Gratt im Zusammenhang mit der Entführung des Textilmillionärs Palmers durch die "Bewegung 2. Juni" festgenommen und im Feber 1979 zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt. Hochsicherheitstrakt, teilweise Isolationshaftbedingungen, verschärfte Sicherheitsvorkehrungen und staatspolizeiliche Überwachung bei Besuchen kennzeichneten seine Haftsituation als politischer Gefangener und sind auch heute zum Teil noch aufrecht.

Im Jahr 1987 stellte Thomas an das zuständige Kreisgericht Krems einen Antrag auf bedingte Entlassung nach Verbüßung von zwei Drittel der Haft. Dem üblichen formalen Verfahren - Selbsteinschätzung in Bezug auf die Straftat, Stellungnahme zum Urteil, Angabe seiner Zukunftsperspektive, gerichtspsychiatrische Untersuchung etc - wollte er sich aus seinem Selbstverständnis als politischer Gefangener heraus allerdings nicht unterziehen, da

er sein Delikt nicht auf der Ebene von Kriminalität abgehandelt wissen möchte. Sein Antrag wurde daraufhin vom Kreisgericht Krems mit folgender Begründung abgelehnt: "Ihm fehlt jede Bereitschaft zu erkennen, daß er nach der von ihm angestrebten Entlassung die Strafgesetze zu beachten bereit wäre." Neben diesen 'spezialpräventiven' Aspekten wurden aber auch - wie bei politischen Delikten häufig der Fall - 'generalpräventive' Überlegungen angestellt: man befürchte als Beispielswirkung im Fall der Entlassung ein Überhandnehmen erpresserischer Entführung(!). Diesem Urteil schloß sich auch das Oberlandesgericht Wien an.

Seit Dezember 1988 liegt nun dem Kreisgericht Krems ein weiterer Antrag auf bedingte Entlassung vor, dessen Erledigungsfrist dieser Tage endet. Thomas weigert sich nach wie vor, sich der für ihn - und für alle Gefangenen - entwürdigenden Prozedur von Selbstbeziehung und Psychiatri-

sierung zu unterziehen. Trotz der durch die Reform von 1987 geschaffenen prinzipiell erleichterten Bedingungen für eine vorzeitige Entlassung von Strafgefangenen (möglich bereits nach Strafhälfte) beharrt die Justiz auf einer rigiden Ausschöpfung ihres Instrumentariums, um Thomas nach über 11 Jahren weiterhin in Haft zu behalten. Besonderes Gewicht scheint auf die psychiatrische Untersuchung gelegt zu werden. Dahinter steht nichts anderes als der Versuch der Justiz, Thomas eine definitive Distanzierung von seinen damaligen politischen Zusammenhängen abzapressen. Es ist daher zu befürchten, daß auch dieser Antrag abgelehnt wird.

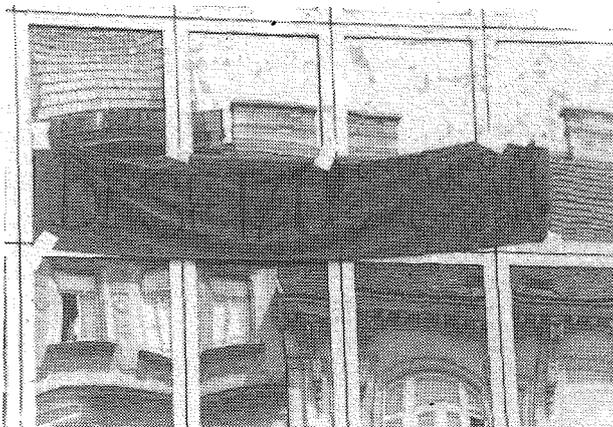
Gerade angesichts der zunehmenden Verpsychiatrierung und Ausdifferenzierung des Strafvollzugs in ein immer subtileres System von Belohnung und Strafe ist das Nichtzurverfügungstellen der Person, die Behauptung der persönlichen und politischen Identität ein notwendiger Akt des Widerstands.

### Wirtschafts-Uni Wien:

## Hauptausschuß besetzt

(TATblatt)

Immer wieder kommt es zu Konflikten innerhalb der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH), der Interessenvertretung der Studierenden. Kritische und linke ÖH-FunktionärInnen an Studienrichtungs- und Fakultätsvertretungen wehren sich immer wieder gegen Übergriffe durch die Hauptausschußexekutive, dem gesamtuniversitärer Vertretungsgremium.



200.000 umverteilt werden. Die Betroffenen sehen sich angesichts der Restriktionen (zB. Sachaufwand für Strv Volkswirtschaft öS 41.000 auf öS 4.500) außerstande, weiterzuarbeiten, und planen für Herbst weitere Schritte, sollte der Hauptausschuß auf dieser Vorgangsweise beharren.

Bereits im März war es zu Protesten gegen Restriktionen des Hauptausschusses an der Universität Wien gekommen,

der ebenfalls von der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft gestellt wird. Begünstigt werden diese Übergriffe vor allem durch ein unpräzises Hochschülerschaftsgesetz, das den Fakultäts- und Studienrichtungsvertretungen zudem keine eigene Rechtskörperllichkeit (und somit Vertragsfähigkeit) zugesteht.

So besetzten am Donnerstag, dem 22. Juni, SympathisantInnen der Studienrichtungsvertretungen und der Frauengruppe die Vorstandsräume am Hauptausschuß der Wiener Wirtschaftsuniversität. Die BesetzerInnen begründeten diese Aktion vor allem damit, daß die Hauptausschußexekutive den Studienrichtungsvertretungen die Verfügung über deren gesetzlich festgelegtes Budget verweigert. Im

konkreten Fall wurden Spendengelder der Studienrichtungsvertretungen an sozial engagierte Gruppen im Rahmen des Hochschulbetriebes nicht ausbezahlt.

Weiters sieht der Budgetentwurf für 1989/90 massive Kürzungen der den Studienrichtungsvertretungen zustehenden Mittel vor. Insgesamt sollen solcherart Mittel in einer Höhe von öS

# Die Echtheit des Flüchtlings und die Politik damit

Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt ist der "Tag des Flüchtlings" am 17. Juni vorübergegangen. Nicht zum Mißfallen der Herrschenden in diesem Land

(TATblatt;bmi;phx)

Vom 19. bis 21. Juni wurden am Semmering die 5. Informellen Konsultationen über Flüchtlings- und Asylpolitik am Semmering abgehalten. Teilnehmer waren Delegationen aus 11 europäischen Staaten, Australien, Kanada und den USA und der UN-Hochkommissär für Flüchtling Jean-Pierre Hocke.

Die teilnehmenden Staaten – bezeichnenderweise keine einzige Delegation aus Südeuropa – sehen Europa in zunehmendem Maße

zu einem "de facto Einwanderungskontinent" werden. Beklagt wird das Fehlen eines den Kanada, den USA und Australien entsprechenden Rechtssystems, "um eine zufriedenstellende und gerechte Einwanderungspolitik zu gewährleisten".

Angesichts der erbarmungslosen Realität wird, insbesondere gegenüber der Öffentlichkeit, über die menschenverachtende Selektionspolitik wieder der rosarote Mantel des allgegenwärtigen Good-will gebreitet. Gerade das Pressestatement zu dieser Konferenz strotzt nur so vor Zynismen dieser Art: "Zu einer Rückschiebung von Flüchtlingen wird es daher sicher nicht kommen; Einwanderer, die den fremdenpolizeilichen Kriterien nicht entsprechen, werden sich aber Schwierigkeiten gegenübersehen." (Hervorhebungen im Original) Und ein paar Zeilen weiter: "Weiters wurden Schwierigkeiten aufgelistet, die das Herausfiltern des echten Flüchtlings

erschweren." (Hervorhebung Red.)

Auf den Semmering, ins Hinterland, hat man sich zurückgezogen, um nicht



Flughafen Wien-Schwechat; heuer im März

mehr als unbedingt notwendig mit der Realität konfrontiert zu werden: von mehr als einer Verwaltung der Mißstände kann kaum mehr gesprochen werden. Die ehemals so wichtige Forderung nach freien Reisemöglichkeiten für die osteuropäischen Länder wird mittlerweile von den fordernden Staaten selbst zensuriert – das Versprechen vom "freien Westen" endet zu oft am Traiskirchener Arbeitsstrich.

Dem steht der Bericht einer Enquete-kommission gegenüber, die Anfang Juni eine Bestandsaufnahme der Situation von Flüchtlingen in Österreich erstellte. Dabei wurden untersucht: Einreise und Asylantrag – Unterbringung während der Asylverfahren – Soziale Situation der Flüchtlinge. Die Kritik richtet sich besonders gegen undurchsichtige und willkürliche Verfahren, das Arbeitsverbot während dessen Abwicklung und die überfüllten Heime und Lager.

Besonders kritisiert wird die Situation in Traiskirchen, das mit 2000 Personen "hoffnungslos überfüllt" sei, und das "VOEST-Haus" in Linz. "Wie in einem Ghetto" lebten dort 530 Menschen auf 13 Stockwerken "mit einem 10x10 Meter großen Aufenthaltsraum", so Thomas Busch (CEDRI).

In Spielfeld und Graz wurde die Behandlung illegaler Grenzgänger überprüft. Nach einem willkürlichen Selektionsverfahren wird in Spielfeld getestet, wer überhaupt einen Asylantrag stellen darf. In Graz werden die Menschen oft erneut in Schubhaft genommen.

Als besonders dramatisch bezeichnete Busch die Situation der aus der Schweiz abgeschobenen Flüchtlinge. Häufig gäbe es Massenabschiebungen. "Die Leute kommen in Österreich in Schubhaft und werden wieder in den Zug Richtung Türkei gesetzt, obwohl sie das Verfahren abwarten dürften", erklärte Busch.

Immer wieder sah sich die Delegation einem repressiven Verhalten der staatlichen Stellen, insbesondere der Fremdenpolizei, gegenüber: in Graz wurde die Delegation nicht vorgelassen, in Wien "mit Polizeigewalt hinausgeworfen". Delegationsmitglied Pfarrer Helmut Blasche wurde mit einer Anzeige wegen "passiven Widerstands gegen die Staatsgewalt" gedroht.

# Der Einfluß multinationaler Konzerne auf die österreichische Wirtschaft

Mit einem Anteil von 30% aller Industriebeschäftigten und Gewinntransfers von gut 5 Mrd. jährlich scheinen sich die ausländischen Betriebe, meist Multis, recht wohl zu fühlen in Österreich. Drängt sich die Frage auf woher sie kommen, wie sie Österreich verändern und wie sich letzteres dabei fühlt.

(TATblatt)

Ausländische Betriebe beschäftigten 1985 36,5% der in der Industrie Beschäftigten, was international der dritthöchste Wert ist. Größer war der ausländische Einfluß nur in Kanada und Belgien. Beachtenswert dabei ist, daß dem guten Drittel Beschäftigungsanteil zweifellos ein deutlich höherer Anteil bei den Umsatzzahlen sowie beim Produktionswert gegenübersteht, auch wenn dafür keine genauen statistischen Daten vorliegen. Es ist aber bekannt, daß die multinationalen Konzerne wesentlich rationeller und auch gewinnträchtiger produzieren als die österreichischen. Besonders problematisch dabei ist, daß diese hohen Gewinne größtenteils zum Mutterkonzern zurücktransferiert werden und das im steigenden Maße.

1972 wurden noch Beträge in der Höhe von 51% ausländischen Direktinvestitionen zurücküberwiesen. 1985 waren es 81%. Die Gewinntransfers in Form von Management-, Lizenz-, und Patentgebühren, die natürlich nicht genau ermittelbar sind, liegen bei ca 5-6 Mrd öS jährlich.

Welche Konzerne sahen nun konkret ab in Österreich?

Neben staatlichen Monopolbetrieben (Energiewirtschaft, Post), scheinen Konzerne wie General Motors, IBM und Shell ganz oben in den österreichischen Tabellen auf, also die international ganz Großen sind es, die auch hierzulande die höchsten Gewinne haben.

Der Auslandseinfluß ist natürlich in den einzelnen Industriebranchen unterschiedlich. Am stärksten ist er mit 66,7% (der Beschäftigten 1985) in der Elektroindustrie, wo die größten Unternehmen Philips (1987 15,2 Mrd Umsatz), Siemens (14,2 Mrd) und Grundig (gehört zu Philips), Alcatel (früher ITT) und AAB (Fusion aus ASEA und BBC) sind. Weiters ist der Einfluß der Multis noch in der Mineralöl- und Chemiebranche ziemlich groß.

Im Bereich der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sind es von den Multis vor allem Unilever und Suchard-Jacobs die mitmischen. Unilever wäre addiert man/frau die Tochtergesellschaft, Unifrost (2,7 Mrd) und Eskimo-Iglo (3 Mrd Umsatz)

dazu, hinter Schäringer Österreichs zweitgrößter Lebensmittelkonzern. Auch die Suchard-Jacobs Gruppe errichte mit den ihr gehörenden Firmen Bendsorp (620 Mio), Suchard (2,5 Mrd), Jacobs (1,1 Mrd) und Mirabell (525 Mio) ein stattliches Umsatzvolumen - Mahlzeit!

Eindeutig ausländisch dominiert ist weiters der Versicherungsektor. Die Generalgruppe mit der Ersten Allgemeinen, Wiener Allianz und Generali sowie die Riuniooco Adriatica (Internationale Unfall und RAS), beide aus Italien sind die größten ausländischen Konzerne darunter.

Der wirtschaftliche Einfluß der Multis in Österreich ist also ziemlich groß. Ähnlich groß dürfte somit auch ihr politischer Einfluß z.B. über die Industriellenvereinigung sein. Das hier eine echte Gefahr für Österreichs Souveränität liegt wird deutlich, wenn man/frau an die EG-Diskussion denkt. Es ist völlig klar, daß Multinationale Konzerne in dieser Frage eigene Interessen haben, besonders da viele von ihnen erstens in Österreich für den EG-Markt produzieren und zweitens

Ausmaß des ausländischen Einflusses auf die österreichische Wirtschaft (Stand Ende 1985/1983/1979)

Quelle: Informationen über multinationale Konzerne; AK-Wien	Unter direktem Auslandseinfluß stehende						Unter direktem oder indirektem Auslandseinfluß stehende						Gesamtzahl der Arbeitnehmer in Österreich			Auslandsanteil (in %)		
	Unternehmen		Arbeitnehmer (in 1.000)		Arbeitnehmer (in 1.000)		Unternehmen		Arbeitnehmer (in 1.000)		Arbeitnehmer (in 1.000)		1985	1983	1979	1985	1983	1979
Metalle, Fahrzeuge	230	205	174	42	39	39	307	267	250	52	46	48	221	221	236	23,5	20,8	20,3
Elektro	64	56	50	39	36	40	106	92	71	48	43	47	72	68	71	66,7	63,2	66,2
Erdöl, Chemie	135	106	139	23	16	29	259	181	216	32	20	37	64	65	70	50,0	30,8	52,9
Papier, Holz	64	61	59	10	10	13	117	94	103	15	13	17	53	55	52	28,3	23,6	32,7
Textilien, Bekleidung, Leder	116	112	97	20	21	23	148	137	117	26	24	28	80	82	80	32,5	29,3	35,0
Nahrungs- und Genussmittel	53	58	69	11	13	18	96	98	113	16	16	23	44	46	66	36,4	34,8	34,8
Steine, Keramik, Bauindustrie	53	49	48	10	13	15	129	124	94	16	18	21	29	29	46	55,2	62,1	45,7
Sonstige	11	9	—	2	2	—	29	20	—	4	3	—	9	8	—	44,4	37,5	—
1.: Industrie insgesamt	726	656	636	157	150	177	1191	1013	964	209	183	221	572	574	621	36,5	31,9	35,6
Energie, Verkehr	64	49	62	5	5	5	113	89	99	9	8	6	243	241	159	3,7	3,3	3,8
Handel	790	645	682	41	31	49	984	820	872	61	45	70	382	374	366	16,0	12,0	19,1
Fremdenverkehr	66	61	52	5	5	4	92	73	59	6	5	4	106	112	122	5,7	4,5	3,3
Gewerbe	154	241	161	8	17	9	194	291	221	11	24	15	488	495	584	2,3	4,8	2,6
Banken, Versicherungen	133	123	57	23	21	20	324	282	134	62	55	40	100	97	88	62,0	56,7	45,5
Sonstige	116	131	51	2	5	3	155	165	72	12	14	5	146	140	130	8,2	10,0	3,8
2.: Nichtindustrie insgesamt	1323	1250	1065	84	84	90	1862	1720	1457	161	151	140	1465	1459	1449	14,2	13,2	11,7
Summe 1. - 2.	2049	1906	1701	241	234	267	3053	2733	2421	370	334	361	2037	2033	2070	18,2	16,4	17,4
3. Restliche Sektoren	keine Erhebung			keine Erhebung			keine Erhebung			keine Erhebung			710	688	734			
Summe 1 bis 3	2049	1906	1701	241	234	267	3053	2733	2421	370	334	361	2747	2721	2804	13,5	12,3	12,9

3/4 von ihnen aus EG-Ländern stammen.

In der Sprache der Ökonomie, ist Österreich auf der Passivseite stark internationalisiert, d.h. daß zwar der Auslandseinfluß in Österreich groß ist, die Auslandsaktivität aber klein. Der österreichische Bestand an Investitionen im Ausland liegt bei ca 1/3 des ausländischen Bestandes in Österreich. Der Auslandseinfluß ist aber keineswegs zur Gänze auf Investitionen (Neuerrichtung oder Erweiterung von Firmen) zurückzuführen. Häufig kaufen die Multis auch nur bestehende Unternehmen auf. So können ganze Industriesparten unter massiven ausländischen Einfluß geraten, wie es in Österreich mit der Papierindustrie geschah: Mit Leykam/Mürztaler und der Laakirchengruppe, an denen sich je zur Hälfte ein niederländischer bzw ein schwedischer Konzern beteiligte, wurden zwei der größten Papierhersteller Österreichs quasi "entnationalisiert". Der gänzliche Ausverkauf der Leykam Mürztaler AG wurde übrigens durch einen Streikbeschluß der Belegschaft verhindert. Der Einfluß der multinationalen Konzerne ist ein grundsätzliches Problem für die Wirtschaftspolitik jedes Landes. Die Auswirkungen z.B. auf die Regionalpolitik sind nicht zu unterschätzen. Mehr als die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen entfallen auf Wien. Vom Standpunkt der Multis aus ist es klar. Sie bevorzugen Gebiete mit gutausgebauter Infrastruktur, qualifizierten Arbeitskräften usw, sie lassen sich also in den entwickelten Regionen nieder. Daß sie dadurch die regionale Ungleichheit verschärfen ist für sie kein Problem, sehr wohl aber für Österreich.

Das heißt noch nicht, daß es unmöglich ist Multis in eine sinnvolle, nationale Wirtschaftspolitik einzubinden. Es bedeutet aber, daß klare Konzepte für die Zielsetzungen der Politik und klare Vorstellungen über die für eine kleine Volkswirtschaft geeignete und ungeeignete Einsatzmöglichkeit für Multis. Beides scheint für Österreich nicht nur zu fehlen, sondern die Wirtschaftspolitik (z.B. Förderungen) scheinen an den Bedürfnissen der multinationalen Konzerne orientiert zu sein.

## Bevölkerungspolitik und Gentechnologie - ein GeGENschlag ?

Am 23. und 24. Juni fand im Frauenzentrum in der Währingerstraße die Veranstaltung "Bevölkerungspolitik und Gentechnologie", organisiert von der Gruppe "geGEN-schlag - Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien" statt. Diese sollte u.a. eine Alternative zum Kongreß des Genethischen Netzwerkes, der vor einigen Wochen auf der TU abgehalten wurde, und an dem auch Betreiber dieser Technologien zu Wort kamen, darstellen. Außerdem wollte frau hier nicht über Chancen und Risiken diskutieren und schon gar nicht darüber, wie diese Technologien mittels Gesetzen und "demokratischer Kontrolle" in den Griff zu kriegen sind. Vielmehr sollte eine intensive inhaltliche und theoretische Auseinandersetzung mit spezifischen Aspekten des Themas stattfinden und daran anschließend die Möglichkeiten des Widerstands besprochen werden.

(TATblatt/ht)

Diese Aufgabe haben m.E. die verschiedenen Arbeitskreise auch erfüllt. Ich möchte diese hier kurz anreißen:

1. Naturwissenschaftskritik: Wohl der wichtigste Aspekt überhaupt. Infragestellung des wissenschaftlichen Denkens, das solche Technologien überhaupt entstehen läßt. Unser Weltbild, entstanden mit dem Frühkapitalismus, geprägt durch Mechanismus, patriarchales, herrschaftliches Denken, das sämtliche Organismen, Vorgänge und Menschen in seine Einzelteile sequenziert und diese dann aus seinem Kontext hebt, um sie neu zusammensetzen, um sie überschaubar und kontrollierbarer, besser verfügbar zu machen. Am Beispiel Gentechnologie: Ursache für Erkrankungen sind nicht Umwelt-, Arbeits-, Lebensbedingungen, sondern die Gene. Konsequenz: nicht das System ist schuld, sondern die Frau, die möglicherweise behinderte Kinder gebärt, wenn sie sich nicht der pränatalen Diagnose verschreibt, das Individuum, das am Arbeitsplatz an Giften krepiert, wenn es sich vorher keiner Genomanalyse unterzieht.

2. Selbstbestimmung: Die älteste Forderung der Frauenbewegung. Dieser Begriff ist seit einiger Zeit wieder

heftig umstritten, nicht zuletzt wegen seiner Widersprüchlichkeit am Beispiel der Reproduktionstechnologien. Teile der Frauenbewegung, besonders in den USA, berufen sich darauf, um gleichzeitig die neuen Möglichkeiten, ohne Mann zu einem Kond zu kommen, in Anspruch zu nehmen. Ein Begriff, in der Aufklärung entstanden, der das Individuum in seiner Selbstverwirklichung sieht, lediglich begrenzt durch dessen Vernunft. Die

STOP DER  
GENTECHNIK  
auch in der Chemie Linz



Klarstellung "mein Bauch gehört mir" als Ausdruck des Warencharakters des eigenen Körpers, und wo der Staat letztendlich immer mehr als richterliche Instanz in Erscheinung tritt. Praktisches Beispiel auch die Diskussion in der BRD über den §218 und die eugenische Indikation, wo dieser Wider-

spruch in all seinen Facetten zum Tragen kommt. Oder: wenn sich die Forderung nach Freigabe der Abtreibung scheinbar mit der Forderung nach Embryonenschutz auf einer Ebene befindet.

3. Gemeinsamkeiten und Brüche zwischen "fortschrittlicher" und direkt repressiver Eugenik: Hier wurde anhand der Untersuchung der sehr unterschiedlichen Strömungen und Fraktionen der historischen Eugenik-Bewegung (Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Nationalsozialismus) folgendes herausgearbeitet: a) die allen Fraktionen gemeinsamen Grundzüge der Argumentation im eugenischen Theoriegebäude; b) die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den praktischen Politikvorschlägen der Fraktionen, wie sie aus diesem Theoriegebäude abgeleitet werden; c) welche realen geschichtlichen Umstände und Entwicklungen die allmähliche Durchsetzung von eher direkt repressiven eugenischen Maßnahmen begünstigen.

4. Bevölkerungspolitik im internationalen Kontext: Bekämpfung der sogenannten "Überbevölkerung" im Trikont durch Verhütungs- und Abtreibungsprogramme bzw. Zwangssterilisationen sowie Hungerpolitik, Anreize für weiße Mittelschichtfrauen zum Kindergebären in den Industrieländern, begleitet von Qualitätskontrolle und Auslese- bzw. Ausmerzpolitik durch pränatale Diagnose und

Humangenetik. Bevölkerungspolitik und deren unterschiedliche Strategien und Methoden. Von welchen Voraussetzungen geht die Frauenbewegung in den "3. Welt" Ländern und der "1. (?) Welt" aus ?

5. AIDS: Offizielle Version: AIDS ist eine Erkrankung, die sich ein Mensch durch Infektion mit einem Virus zuzieht. Dieses Virus überträgt sich durch Blut und Samenkontakt mit Blut und deshalb v.a. beim Geschlechtsverkehr, v.a. beim (männlich) homosexuellen. In diesem Arbeitskreis wurde aufgezeigt, was an dieser These zweifeln läßt. Es wurde die These gewagt, daß AIDS keine Krankheit, sondern ein Programm ist, das wir politisch diskutieren, wenn wir diese Medizin als Instrument politischer Macht begreifen wollen (die wissenschaftlichen Anstrengungen richten sich auf Impfstoff- und Medikamentenentwicklung; die politischen Anstrengungen effektiver Erfassung, Etikettierung und Ausgrenzung von Kranken).

Ein Gegengewicht zu den konkreten Themenstellungen bzw. -schwerpunkten der Arbeitskreise stellten die Filme am Vortag dar. Hier wurde versucht, möglichst alle Aspekte aufzuzeigen (Landwirtschaft, Arbeitnehmerinnen-Screening, Reproduktionstechnologien, Biowaffenforschung etc.). Zum Teil lieferten die Filme auch eine grundlegende Einführung zum Thema, indem z.B. erklärt wurde:

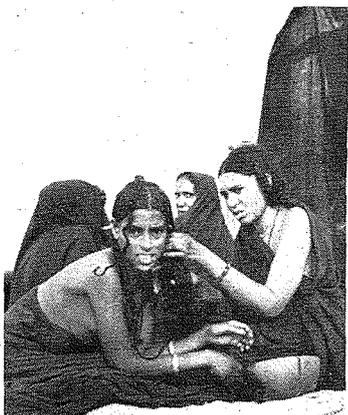
was heißt Gentechnik, womit wird gearbeitet, was passiert dabei, etc..

Die Podiumsdiskussion, an der Mechthild Eickel vom Genarchiv Essen, Gudrun Hauer von der HOSI Wien und Aurelia Weikert von FINRRAGE Österreich teilnahmen, gipfelte in einer hitzigen Debatte über Möglichkeiten des Umgangs mit Problemen wie: hier konsequente Ablehnung dieser Technologien, da persönliche Schicksale (Behinderung, AIDS, etc.) und Hoffnung auf "Heilung". Klar zum Ausdruck kam die Tatsache, wie sehr die Strategie und Argumentation der Betreiber auch in unseren Reihen greift, indem die Seite der "Krankheitsbewältigung" individualisiert propagiert wird und als eines der "Hauptanliegen" der Gentechnik verkauft wird. Gleichzeitig wurde jedoch eine Seite der Beschäftigung damit sichtbar, nämlich die ständig notwendige Infragestellung unseres Umgangs mit dem Phänomen Krankheit und die sich daraus ergebenden Fragen wie Zusammenleben, Gegenstrukturen, etc.. Nicht zuletzt die Erkenntnis, daß Fragen, die die Beschäftigung mit Gen- und Reproduktionstechnologien aufwirft, unmöglich dabei stehenbleiben bzw. auf diese beschränkt werden können.

Einen Wermutstropfen stellte die geringe Besucherinnenzahl der Veranstaltung dar. Hier nur einige der Spekulationen über die Ursachen: viele andere Veranstaltungen, Theoriefeindlichkeit, Cliquenwirtschaft. Keine Spekulation soll aber die Tatsache sein, welche Schwierigkeiten es gibt, dieses Thema zu einem öffentlichen werden zu lassen. Hier kann frau keinen Bauplatz besetzen wie in der AKW-Bewegung, die Widersprüche und Ängste spielen sich vielfältig und in jedem Menschen selbst ab, zB. nehme ich es in Kauf, ein behindertes Kind auszutragen, verzichte ich auf Impfstoffe und Medikamente auf gentechnischer Basis, und so weiter? Für uns war es jedoch ein Versuch, mit diesem Thema an die Öffentlichkeit zu gehen, der sich trotzdem gelohnt hat und uns nicht zum naiv-euphorischen Weitermachen, sondern zum problembewußteren Weitermachen angespornt hat.

Die Zeitschrift **FRAUENSOLIDARITÄT** beinhaltet Analysen, Kurznachrichten, Berichte, Kommentare, Interviews und Rezensionen zu den Bereichen: Frauen und Entwicklung, Frauen in der Dritten Welt und in Österreich, Frauen und Entwicklungshilfe.

## FRAUENSOLIDARITÄT



ENTWICKLUNGSPOLITISCHE INITIATIVEN FÜR FRAUEN IN DER DRITTEN WELT

- Wir zeigen anhand von konkreten Beispielen die Situation der Frauen in der Dritten Welt.
- Wir unterstützen Projekte in Zusammenarbeit mit Frauen und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern.
- Wir analysieren österreichische Entwicklungshilfeprojekte: was bringen sie den Frauen und ihren Kindern in der Bewältigung ihrer Lebensprobleme.

**FRAUENSOLIDARITÄT** erscheint 4 x im Jahr und kostet im Abo öS 160.- (Ausland: öS 200.-). Einzelheft öS 40.-.

Bestellungen an: **FRAUENSOLIDARITÄT**, Weyrgasse 5, A - 1030 Wien  
Tel. 0222/713 35 94/KI. 80

# taz jagt Emma jagt Spitzel

## Ingrid Strobl Prozeß: "Mister X" - ein V-Mann?

Wer ist Mister X, jener Mann, für den Ingrid Strobl den Wecker gekauft hat? Alice Schwarzer schreibt in der jüngsten Nummer der *Emma*, Ingrid Strobl wäre möglicherweise Opfer eines agent provocateur geworden. Uli D., 37, Kölner Drucker und Journalist, sei mit Ingrid Strobl befreundet gewesen, sei "auch ohne den Kontakt zu Ingrid Strobl ein alter Bekannter beim (Kölner, Anm. tb) Kommissariat 14 (politische Polizei)". Er sei nach der Verhaftung von Ingrid Strobl im Dezember 1987 noch einmal nach Köln zurückgekehrt und dann nie wieder. Uli D. sei außerdem nicht unter den Personen, nach denen im Zusammenhang mit den Razzien zwischen 18. und 20. Dezember 1987 gefahndet worden wäre; zudem sei sein Name in Ingrid's Prozeß nie aufgetaucht.

(TATblatt;taz)

Diese Fakten dienen Alice Schwarzer als Grundlage für folgende These: Uli D. wäre als agent provocateur vom Staatsschutz beauftragt gewesen, ein scheinbare SympathisantInnengruppe in Köln aufzubauen, zusammen mit Menschen, "die nicht wissen, wozu sie da benutzt werden sollen". Und damit andere Zellen der RZ aus der Deckung holen und in die Arme des Staatsschutzes führen.

Die Berliner *taz* hält dem entgegen, daß eben seit den Razzien vom 18.12.1987 ein Ermittlungsverfahren nach 129a läuft, in dessen Zusammenhang sogar Personen in Beugehaft genommen wurden (unter anderen Gaby Hommel, mit der ein Interview in dieser Nummer erscheint). Daß die These vom staatlichen Desinteresse an Uli D. nur dadurch haltbar schiene, weil wesentliche Fakten unterschlagen und andere falsch bewertet würden.

Alice Schwarzer stellt die Frage an den Staatsschutz, die Rolle von Uli D. im Prozeß aufzudecken und seine mögliche Identität mit "Mister X", der den Wecker erhalten sollte. Darüber hinaus stellen sich aber noch weitere Fragen: Wem nützt das alles? Warum wurden die Einwände zu dem *Emma*-Artikel seitens der VerteidigerInnen von Uli D. und Ingrid Strobl nicht zur Kenntnis genommen? Warum wurde kein Kommentar der Ex-*Emma*-Redakteurin Ingrid Strobl eingeholt, wenn die Fragen bereits seit längerem bestehen, wie Alice Schwarzer zu Beginn ihres Artikels feststellt?

Die Macht der Medien ist Alice Schwarzer sicher klar. Umso mehr bleibt offen, ob hier nicht durch Fragen Antworten geschaffen werden,

ob hier nicht in einem Prozeß, der bereits weite Kreise gezogen hat, in ein weiteres Leben eingegriffen wird. Und das mit einer Art Selbstjustiz, die mit der Vorgangsweise von Staatsschutz und Justiz bereits sehr viel gemeinsam hat.

Erschreckend ist auch zu sehen, wie sich die Diskussion plötzlich von Ingrid Strobl wegbewegt: Plötzlich ist er da, der Sündenbock; nicht Staats-

schutzrichter Arend ist es oder das System politischer Gewalt und Justiz, das sich der NS-Nachfolgestaat Bundesrepublik Deutschland geschaffen hat. Nein, Uli D. heißt er, möglicher agent provocateur des Verfassungsschutzes: Ich unterstelle keinem Menschen, es "sich leicht zu machen". Aber Alice Schwarzer macht es in diesem Zusammenhang den Menschen sehr leicht, es sich leicht zu machen.

### Gespräch mit Gaby Hommel aus clockwork 129a Nr. 15

## Ich würde es jedenfalls wieder machen

Zwei Frauen aus Bochum wurden in den vergangenen Wochen "zur Erzwingung des Zeugnisses" in Haft genommen: sie hatten sich geweigert, bestimmte Aussagen vor der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zu machen. Beide sind mittlerweile frei. Mit Gaby Hommel, die vierzehn Tage im Knast war, führten wir ein Gespräch:

Gaby: Ich habe zweimal die Aussage verweigert genau wie viele andere "ZeugInnen" auch, habe dann den Beugehaftbeschuß bekommen und dann die dritte "Einladung" nach Karlsruhe. Zu diesem Zeugenvernehmungstermin war mein Anwalt nicht da – er hielt sich im Ausland auf –, dennoch weigerte sich die Bundesanwaltschaft, den Termin zu verschieben. Und da ich ja wußte, daß eine weitere Aussageverweigerung dazu führen würde, daß ich dann sofort inhaftiert werden würde, bin ich zu diesem dritten Termin nicht hingegangen. Mit dem Ergebnis, daß es eine versuchte Zwangsvorführung gab: zwei oder drei Beamte vom K 14 (14. Kommissariat der Kölner Polizei,

Anm. tb) und der K 14-Chef waren in der Wohnung und wollten mich abholen. Ich war aber nicht da. Daraufhin wurde mir ein Haftantrittstermin geschickt. Ich sollte mich spätestens bis zum 24. April in der Justizvollzugsanstalt Bühl einfinden. (...)

Das habe ich dann gemacht. Bin dann mit meiner Freundin zusammen auf einer Zelle gesessen, die damals schon fünf Wochen in Beugehaft war. Und wurde dann ganz plötzlich nach einer Woche und ohne Angabe von Gründen in die JVA Heidelberg verlegt und bin dann nach insgesamt zwei Wochen – meine Freundin nach insgesamt sieben Wochen – entlassen worden.

*clockwork: Das war nach der Haftbeschwerde von Rechtsanwältin Anne Mayer, die Deine Freundin vertritt?*

Ja, im Unterschied zur vorherigen Auffassung des Bundesgerichtshofes, wonach Haftbeschwerden im Falle von Beugehaft nicht als zulässig befunden worden sind, wurde nun die Mög-

lichkeit einer Haftbeschwerde eingeräumt und in unserem konkreten Fall auch positiv beschieden. Wobei sich die inhaltlichen Begründungen auf die Ermittlungsverfahren gegen uns beziehen. Es handelt sich also keineswegs um eine grundsätzliche Entscheidung gegen Beugehaft, und es ist eine Entscheidung, die nur für unseren speziellen Fall gilt. (...)

*Wie war das für Dich, zwei Wochen Knast ?*

Grundsätzlich bedeutet Knast eine ziemlich rigide Einschränkung deiner Lebensmöglichkeiten und deiner Persönlichkeit und ist eine Erfahrung, die ich auch niemandem wünschen würde. Jenseits dessen – jedenfalls für einen überschaubaren Zeitraum – ist es möglich mit der Situation Knast klarzukommen. Ich habe soviel wie möglich mit den anderen Frauen geredet. Mein kurzer Eindruck nach zwei Wochen und im wesentlichen vom Hörensagen ist der, daß die Frauen anders miteinander umgehen im Knast. Geschichten, wie man sie aus Männerknästen immer wieder hört von starker Hierarchie und gezielter Repression und Quälerei unter den Gefangenen, habe ich nicht erlebt. Was nicht heißt, daß die Frauen besonders toll miteinander umgehen – da reicht manchmal der kleinste Anlaß und sie gehen aufeinander los bis hin zu Prügeleien. Aber das sind mehr so spontane Ausbrüche. Danach ist es dann auch wieder okay. Und es gibt schon so ein grundsätzliches Bemühen, solidarisch miteinander zu sein.

Bühl ist ganz winzig. Es ist ein reiner Frauenknast mit etwa 40 Gefangenen. Es gibt einige Freigängerinnen, die ich nie zu Gesicht bekommen habe und einen sogenannten Wohngruppenvollzug mit sieben oder acht Frauen. Abgesehen von einer politischen Gefangenen – einer Kurdin, PKK-Frau –, die 23 Stunden am Tag in ihrer Zelle eingeschlossen war, saßen alle anderen Frauen auf einem Flur. Das heißt, beim Auf- und Umschluß konntest du mit 2 unterschiedlichen Frauen reden. Was ich im Nachhinein im Unterschied zur JVA Heidelberg als Vorteil empfinde, denn bei relativ vielen Frauen gibt es immer einige, mit denen Du gut klar kommst. Es besteht die Möglichkeit zur Gruppenbildung.

In Heidelberg war das anders. Da bin ich auf einen Flur gekommen, wo nur vier Frauen schon längere Zeit zusammen saßen. Und die hatten ein ganz kleines, enges Sozialleben untereinander. Als Neue konntest du dich diesen Regeln nur unterwerfen oder Gefahr laufen, herbe anzuecken und ausgeschlossen zu werden. Es gab einen Gruppendruck. (...)

*Wie hast Du von deiner Entlassung erfahren ?*

Ich wußte von gar nichts! Es ging irgendwann die Zellentür auf und ich wurde angewiesen, Privateigentum und Anstaltseigentum getrennt auf Bett zu packen. Und da das wieder an einem Mittwoch war – Mittwoch ist immer Gefangenenumschubtag in Baden-Württemberg –, dachte ich, dies sei jetzt wohl die besondere Schi-

Die Entscheidung ist wohl Mittwoch vormittag getroffen worden beim Bundesgerichtshof und dann gab es sofort die telefonische Anweisung an die beiden Knäste, uns rauszulassen.

*Es hieß, Ihr müßtet für Eure Einknastung auch noch bezahlen ?*

Es ist wohl so, daß Zivilhaft – und Beugehaft ist eine Form von Zivilhaft – die Betroffene grundsätzlich selbst bezahlen muß. Zivilhaft heißen alle Haftformen, wenn man nicht eingeknastet wird, weil man was Strafbares gemacht hat oder dessen verdächtigt wird wie bei der U-Haft. Es sind Strafen als Folge von ordnungswidrigem Verhalten. Früher gab es das öfter, zB. wenn du Schulden nicht bezahlen konntest, daß du Tagessätze absitzen und dafür bezahlen mußtest.

In unserem Fall hätten wir etwa zwei



#### Österreichs Exekutive steuert kräftig bei zur bundesdeutschen Repressionsjustiz Graffiti vor der Bundespolizeidirektion Wien

kane. Eine Woche vorher war ich ja von Bühl nach Heidelberg verlegt worden. Ich habe dann natürlich auch gefragt, was das soll. Da hieß es: Sie sind entlassen ohne weitere Begründung. Das ging ganz schnell. Nachdem du zwei Wochen lang total entmündigt worden bist, stehst du dann plötzlich vorm Knasttor und hinter dir geht das Rolltor zu. Mit Sack und Pack, wie im Kino: 10 Plastiktüten und zwei Pappkartons, viel mehr als ich tragen konnte. Und dann konntest halt gucken, wie du klar kommst.

schon 40 und 60 Dm pro Hafttag bezahlen müssen. Da jetzt aber im Nachhinein gesagt wurde, daß unsere Inhaftierung unrechtmäßig war, gehe ich davon aus, daß wir dafür nicht aufkommen müssen.

Wichtig ist noch, daß mit der BGH-Entscheidung zwar die Beugehaft als unrechtmäßig bewertet worden ist, nicht aber generell der Versuch, uns mit allen Mitteln als Zeugin zu vernehmen. Die Ordnungsgelder wurden als rechtmäßig befunden und ich habe zusätzlich eine Ordnungsstrafe erhalten,

weil ich beim dritten Vernehmungstermin in Karlsruhe nicht anwesend war.

*Wie schätzt Du die ganze Sache ein ?*

Ganz grundsätzlich ist es ein Erfolg für "die andere Seite". Es konnte nicht verhindert werden von uns, daß Beugehaft eingesetzt wird. Diese Knastdrohung spukt jetzt in den Köpfen von allen Leuten rum, die eine "Zeugenvorladung" kriegen.

Ich glaube aber nach wie vor, daß es richtig war, die ganze Frage Aussageverweigerung öffentlich zu thematisieren. Zu thematisieren, ob es wirklich Sinn macht, auszusagen oder ob man nicht wirklich im Zweifelsfall lieber bereit ist, die Zeit abzusetzen. Ich würde es jedenfalls wieder machen.

*Warum hast Du ein Ermittlungsverfah-*

*ren am Hals ?*

Es handelt sich um drei Ermittlungsverfahren, alle beziehen sich auf Flugblätter, Plakate und sogenanntes Informationsmaterial – Sachen, die bei der Hausdurchsuchung im Dezember 88 bei uns gefunden worden sind. Es war eine Hausdurchsuchung mit der offiziellen Begründung "Beweismittelsicherstellung gegenüber Dritten". Damit fing der ganze Ärger an. Und diese Papiere, die sich im Wesentlichen mit Aussageverweigerung, dem Komplex 18.12.87 und den bis dahin gelaufenen "Zeugenvorladungen" beschäftigten, waren Grund für die Ermittlungsverfahren gegen alle vier Frauen aus unserer Wohnung. Der Vorwurf heißt immer "Werbung bzw. Unterstützung" für die Revolutionären Zellen, wegen "Aktivitäten, die geeignet sind, die Bereitschaft zu einer Aussageverweigerung zu bestärken. Dadurch würde das

Vertrauen der RZs in eine breite, solidarische Verschwiegenheit der Szene verstärkt". Das kann man kaum ernst nehmen ...

*Hattest Du wegen Deiner Aussageverweigerung Probleme mit Deinen Freunden, Freundinnen, Familie und an der Arbeit ?*

Nein. Ich war ja in einer relativ privilegierten Situation. Ich arbeitete in einem Zusammenschluß verschiedener Alternativprojekte. Da war es erstmal keine Schwierigkeit. Es waren ja auch nur zwei Wochen.

Mit meiner Familie war es auch kein Problem, die fanden es prinzipiell einsichtig, daß man nix über irgendwas erzählt, sich nicht ausfragen läßt und nicht zusammenarbeitet mit der Bundesanwaltschaft.

## Ich bekenne mich schuldig, Feministin und Internationalistin und Antifaschistin zu sein... Schlußwort von Ingrid Strobl vor der Urteilsverkündung

Vier Monate hat sich dieser Prozeß nun hingezogen. Was bleibt nach dieser langen Zeit? Es bleiben sicher böse Erinnerungen bei allen ProzeßbesucherInnen. Erinnerungen an stundenlanges Warten bei jeder Witterung, an erniedrigende Körperkontrollen, an zusätzliche willkürliche Schikanen, die sich von Mal zu Mal änderten.

Es bleibt die Ungewißheit, was mit den Daten der ProzeßbesucherInnen geschieht. Beziehungsweise, genauer gesagt: Spätestens seit den neuesten Enthüllungen über den Schmückerprozeß bleibt die Gewißheit, daß diese Daten zumindest beim Verfassungsschutz landen - und zwar als potentiell belastungsmaterial gegen die BesucherInnen. Es bleibt mir und allen, die es mit ansehen konnten, die Erinnerung an meinen Raubtiertransport mit Panzerwagen, Hubschrauber, Lalülala und entscherten Maschinenpistolen.

Angesichts dieser Szenarios, angesichts dieser stimmungsmachenden angeblichen Sicherheitsvorkehrungen, angesichts dieses in Staatsschutzprozessen zur Norm gewordenen Ausnahmezustandes behauptete der Senat dennoch immer wieder, es handle sich hier um einen ganz normalen Strafprozeß. Warum es sich hier eben ganz und gar nicht um einen normalen Strafprozeß handelte, das haben meine Verteidigerin und mein Verteidiger in ihren Plädoyers ausführlich dargestellt. Ich will hier nicht noch einmal wiederholen, was sie schon gesagt haben.

Zu diesem Verfahren gehörte auch, daß Ulla Penselin und ich der Presse als überführte "Terroristinnen" präsentiert wurden, und die Presse diesen Karlsruher Krimi zumindest zu Anfang unbesehen schluckte. Zu diesem Verfahren gehört, daß Springer- und Geheimdienstblatt "Die Welt" bereits zu einem Zeitpunkt detailliert über das Weckerpro-

gramm des BKA berichtete, zu dem meine Verteidigung und ich noch nicht einmal Akteneinsicht hatten.

Zu diesem Verfahren gehört, daß, wie der "Arbeiterkampf" berichtet, der Chef des Verfassungsschutzes Boeden in einem vertraulichen Gespräch mit Bonner Journalisten erklärte: "Ingrid Strobl wird verurteilt." Und zwar Wochen vor Abschluß dieses Verfahrens. Ich frage mich seither, woher der Mann das weiß. Zu diesem Verfahren gehört indirekt auch die neue Wunderwaffe Beugehaft. Die Bundesanwaltschaft mußte zuerst Ulla Penselin aus ihren Klauen lassen und dann zusehen, wie die Fadenscheinigkeit ihrer angeblichen Beweise gegen mich immer offensichtlicher wurde. Also konzentrierte sie sich verstärkt auf die Fahndung nach den 4 Personen, die sie seit dem 18. 12. 1987 als angebliche RZ-Mitglieder verfolgt. Doch auch gegen diese Personen hat sie nicht genügend Beweise in der Hand, wie sie selber zugibt. Deshalb versucht sie nun, aus Bekannten und Freundinnen dieser Menschen Zeugenaussagen zu pressen. Das Druckmittel dabei ist die Androhung von Beugehaft. Und bekanntlich bleibt es nicht bei der Androhung, zwei Frauen mußten tatsächlich für ihre Weigerung mit den Herren zu sprechen ins Gefängnis. Die Bundesanwaltschaft könnte nicht mehr ruhig schlafen, wenn sie zugeben müßte, daß ihr ganzer Weihnachtsszauber vom 18. 12. nichts als ein großartiger Flop war.

Was aber bleibt nun nach dieser viermonatigen Verhandlung von der Anklage? Es bleibt noch nicht einmal die anfangs so siegesichere Behauptung, ich sei Mitglied der Revolutionären Zellen. Die Bundesanwaltschaft hat diese Behauptung natürlich nicht freiwillig zurückgenommen, sondern nur, weil das Gericht ihr vorhielt, die Beweise reichten ihm nicht aus.

Die Bundesanwaltschaft versucht sich nun, dadurch an mir zu rächen, daß sie eine hohe Haftstrafe für Unterstützung und Beihilfe fordert. Beweise kann sie auch dafür nicht vorbringen. Nur waghalsige Interpretationen meines Verhaltens und offensichtliche Falschinterpretationen von Zeugenaussagen.

Dem Plädoyer der Bundesanwälte war das Zähneknirschen der Herren Lampe und Kruse anzuhören.

Bemerkungen wie die, eine radikale Feministin würde normalerweise mit einer modischen Uhrenverkäuferin nicht freundlich parlieren [= plaudern], solche Bemerkungen sprechen für sich - und für das Bild, das Bundesanwälte von radikalen Feministinnen haben. Die kratzen nämlich modischen Uhrenverkäuferinnen normalerweise die Augen aus - es sei denn, sie verstellen sich heimtückisch und klandestin.

Die Bundesanwaltschaft hat aber auch dazugelernt im Laufe dieses Verfahrens. Sie hat zum Beispiel gelernt, daß sie sich mit ihrer neuesten Erfindung, den "anschlagsrelevanten Themen" in der Öffentlichkeit nicht durchsetzen konnte. Ganz im Gegenteil - die Themen haben sich durchgesetzt. Und so haben die Herren Bundesanwälte doch tatsächlich die Chuzpe, in ihrem Plädoyer zu behaupten, meine Beschäftigung mit "anschlagsrelevanten Themen" spiele keine Rolle für die Anklage. Da bleibt natürlich zu fragen, warum die Ermittlungen gegen mich und die Menschen, mit denen ich befreundet bin, ständig damit begründet wurden, wir würden uns mit "anschlagsrelevanten Themen" befassen. Und warum die Ankläger darauf bestanden, als Beweismittel im Verfahren einen Brief von mir zu verlesen, in dem ich schreibe, ich hätte mich auch mit den Themen befaßt, die neuerdings als "an-

schlagsrelevant" gelten.

Empört weist die Bundesanwaltschaft in ihrem Plädoyer den Vorwurf zurück, die Anklage stütze sich auf meine Gesinnung. Oh nein, die spielt nicht die klitzekleinste Rolle. Aber, sagt die Bundesanwaltschaft weiter, ABER man müsse dennoch bedenken, daß meine Gesinnung exakt dieselbe sei wie die der Revolutionären Zellen. Und so wurden seitenweise alte Artikel von mir verlesen - als Beweismittel. Obwohl natürlich, wie gesagt, meine Gesinnung keine Rolle spielt. Ein Artikel wurde gleich zweimal verlesen. Einmal im Rahmen der Verlesung meiner EMMA-Texte. Und dann noch einmal, als Briefe, die ich im Gefängnis geschrieben habe, als Beweisdokumente in dieses Verfahren eingeführt wurden. In diesem Artikel, der für die Bundesanwälte also ganz besondere Beweiskraft besitzt, ging es noch nicht einmal um Flüchtlinge, um Asylpolitik. In diesem Artikel - aus dem Jahre 1983 - geht es schlicht um Ausländerfeindlichkeit. Ich frage in diesem Artikel, warum wir uns nicht stärker mit den hier lebenden Arbeitsemigrantinnen solidarisieren. Warum wir zB zu den Türkenwitzen schweigen, anstatt laut loszubrüllen. Warum wir rassistische Graffiti nicht einfach übermalen. Warum wir so wenig Zivilcourage aufbringen, wo uns doch nichts passieren kann, wo doch nicht die Gestapo vor der Tür steht, wenn wir den Mund aufmachen. Dieser Artikel nun hat den Bundesanwälten offenbar so sehr im Magen gelegen, daß sie ihn gleich zweimal als Beweisdokument zu den Akten gaben. Ich erspare mir dazu jeden Kommentar.

Meine Gesinnung tut also nichts zur Sache. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Was bleibt sonst noch? Nichts. Also legen die Ankläger das Schwergewicht ihrer Argumentation auf mein sogenanntes Aussageverhalten - und damit letztlich wieder auf meine Gesinnung. Das ist durchaus verständlich. Zum einen widerspricht meine Weigerung, ihnen X auszuliefern, diametral ihrer Verfolger-Mentalität. Zum anderen können sie weder für meine Mitgliedschaft Beweise vorbringen, noch dafür, daß ich wußte, wofür ich den Wecker kaufte. Und so wird mein Schweigen zu X zum Hauptbelastungspunkt, zum scheinbar schlagenden Beweis für meine Mitwisserschaft.

Tatsache ist und bleibt, daß X nicht die geringste Chance hätte, ganz egal, ob er sich selber stellt, wie es von romantischen Gemütern verlangt wird, oder ob ich seinen Namen nenne. Und MIR wäre damit auch nicht geholfen. Man kann dann immer noch behaupten - und die Bundesanwaltschaft würde das auch tun -, er sei eben das Mitglied und ich die Unterstützerin.

Ich würde X ausliefern an die Herren Preßler und Meyer vom BKA, die mich einzig auf Grund eines Weckerkaufs sofort zum Mitglied der Revolutionären Zellen und sogar zur Rädelsführerin beförderten. Die meine Freundinnen und Freunde zum "Umfeld" erklärten, mehr noch, zu weiteren Mitgliedern der von ihnen fantasierten Strobl-Gruppe. Die heute noch gegen Freundinnen und Freunde von mir ermitteln, und zwar immer noch wegen angeblicher Mitgliedschaft. Die ein Telefongespräch über Simone de Beauvoirs Haltung zur französischen Nazi-Kollaboration umlogen zur Planung von Anschlüssen gegen chilenische Einrichtungen. Ich würde X ausliefern an die Herren Finkler und Deutesfeld vom BKA, die entscheidende

Informationen nicht nur in der Hauptverhandlung verschwiegen haben, sondern diese Informationen erst gar nicht zu den Akten gaben. Sie hielten das nicht für nötig, erklärten sie auf Befragen. Das leuchtet ein. Denn für nötig hielten sie nur, was meine angebliche Mitgliedschaft beweisen sollte.

Ich würde X ausliefern an eine Bundesanwaltschaft, die nach Ulla Penselins und meiner Verhaftung triumphierend vom großen Schlag gegen die Revolutionären Zellen sprach. An eine Bundesanwaltschaft, die bis zuletzt an meiner Mitgliedschaft festhielt, und sie erst fallen ließ, als sie sich gezwungen sah, eine große Blamage zu vermeiden. An eine Bundesanwaltschaft, die in ihrem Plädoyer geradezu lustvoll wiederholte, ich hätte mit jedem Wort, daß ich in diesem Prozeß sagte, gelogen. Ich bin nicht so naiv anzunehmen, diese Bundesanwälte würden X glauben.

Daß ich X nicht ausliefern, das hat nicht nur mit ihm zu tun, sondern vor allem mit mir selbst. Mit meinem politischen Selbstverständnis, mit meinem Verständnis von Moral, von Würde, von Stolz. Diese Begriffe mögen altmodisch klingen, aber für mich sind sie

Kosten eines anderen Menschen zu erfeilschen? Wer kann das von mir verlangen wollen? Wer kann mir das überhaupt zutrauen?

Das Gericht hat hier mehrmals betont, es ginge vor allem darum herauszufinden, ob ich "dolos" gehandelt habe, ob ich also wußte, wofür der Wecker bestimmt war. Es gibt keinen Beweis FÜR diese These. Ich kann aber auch keinen Beweis vorbringen, der sie konkret widerlegt. Man kann vielleicht - mit viel Glück - beweisen, daß man etwas nicht getan hat. Wie aber soll man beweisen, daß man etwas nicht gewußt hat? Laut geltendem Recht, auf das sich auch dieser Senat beruft, muß ich das auch gar nicht. Nicht die Angeklagte muß ihre Unschuld beweisen, sondern eine angebliche Schuld muß ihr beweiskräftig nachgewiesen werden.

In der Schule habe ich gelernt, die Justiz halte sich an den Grundsatz in dubio pro reo. Im Laufe meines Lebens habe ich gelernt, daß das nicht unbedingt zutrifft. In der Schule habe ich gelernt, vor der Justiz sind alle gleich. Im Laufe meines Lebens habe ich gelernt, welche Rolle die Justiz in einer Klassengesellschaft spielt. In der Schule habe ich



**Solidaritätsveranstaltung für Ingrid Strobl im Wiener Kongreßhaus am 29. Juni  
am Foto: Lena Rothstein**

heute so aktuell wie nie zuvor. Ich höre von mehreren Seiten, es sei nicht verständlich, daß ich jetzt, nach der Erfahrung von fast 18 Monaten Gefängnis, weitere Jahre im Gefängnis riskiere, indem ich nicht gesagt habe, für wen ich den Wecker gekauft habe. So kann nur denken, wer selbst nie im Gefängnis war und wer davon ausgeht, alle Menschen wären käuflich.

Ja ich lebe - wenn man diesen Euphemismus verwenden will - ich lebe seit fast 18 Monaten im Gefängnis. Ja, ich leide auch darunter. Ich leide aber nicht nur, sondern ich kämpfe täglich darum, mich durch die erniedrigenden Bedingungen des Gefängnisses nicht erniedrigen zu lassen. Ich führe täglich den Kampf um meine Menschenwürde, unter Bedingungen, die jede Menschenwürde negieren. Und nun soll ich mich ausgerechnet unter diesen Bedingungen selbst erniedrigen, indem ich versuche, meine Freiheit auf

gelernt, die Nazi-Verbrecher wurden nach 1945 zur Verantwortung gezogen. Im Laufe meines Lebens habe ich gelernt, daß die Justiz des jungen Staates BRD nichts eiligeres zu tun hatte, als ihre ehemaligen Kollegen, auch die vom Volksgerichtshof, von jeder Schuld freizusprechen. In der Schule habe ich gelernt, Mörder landen unter allen Umständen im Gefängnis. Noch vor wenigen Wochen habe ich erneut gelernt, daß das unter bestimmten Umständen ganz und gar nicht zutrifft. Daß es durchaus darauf ankommt, wer wen ermordet hat. Herr Höcker zB, SS-Obersturmbannführer, hatte nachweislich an der Vergasung von 60 Frauen und Kindern mitgewirkt. Er wurde dafür zu ganzen 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Doch nicht einmal davon hat er auch nur einen Tag abgesessen. Herr Höcker ist ein freier Mann. Wer wollte ihn, der doch nur Juden und anderes KZ-Gesinde beseitigt

hat, wer wollte ihn mit richtigen Verbrechern auf eine Stufe stellen?!

Ich hatte in den fast 18 Monaten meiner Untersuchungshaft ausreichend Gelegenheit, "richtige Verbrecherinnen" kennenzulernen. Da war zB eine junge Frau, die ab und zu Haschisch rauchte. Nicht zuletzt, weil ihr Freund sie regelmäßig seelisch und körperlich mißhandelte. Bis dann ein neuer Mann auftauchte, der ihr versprach, sie aus diesem Albtraum zu befreien, und überhaupt sei sie die Frau seines Lebens. Um jedoch zuvor sein eigenes Leben aus einer höchst gefährlichen Situation zu retten, sollte sie ihm 3 Kilo Haschisch besorgen. Die junge Frau rannte von Pontius zu Pilatus, um die geforderte Menge aufzutreiben, und schließlich gelang es ihr auch. Als sie ihrem neuen Liebsten den Stoff übergab, wurde sie prompt verhaftet - der gute Mann war nämlich ein V-Mann des Rauschgiftdezernats. Das Gericht sprach die Frau schuldig. Seither sitzt sie als Dealerin im Gefängnis.

Da war die junge Philippin, die ein netter deutscher Urlauber nach München brachte. Er wollte sie heiraten, und dafür brauchte er ihren Paß. Bis zur Hochzeit sollte sie bei einem Freund von ihm wohnen, damit alles seine Ordnung habe. Der Freund erwies sich als Bordell, in dem die Frau ein gutes Jahr lang ausgepreßt wurde. Bis die Polizei kam. Die Polizei nahm die Frau und ihre anderen ausländischen Kolleginnen fest und setzte sie in Abschiebehaft. Den Bordellbesitzer konnten wir im Kreise seiner Lieben in der Münchner Abendzeitung bewundern - auf einem Photo von einer Faschingsveranstaltung. Es versteht sich von selbst, daß dieses Photo nicht in der JVA Stadelheim aufgenommen worden war.

Da war aber auch die Frau, die mit 4 Kilo Heroin im Auto erwischt wurde. Sie war nur eine Woche bei uns. Sie hatte nämlich "den 31er gemacht", wie man im Jargon sagt, sie hatte sich also als Kronzeugin zur Verfügung gestellt. Mit ihren Aussagen brachte sie nicht nur einen wirklichen Dealer ins Gefängnis, sondern auch noch 4 andere Leute, die nur bei diesem Dealer - und bei ihr - ab und zu etwas gekauft hatten. Sie selbst kam nicht einmal vor Gericht.

Ich habe im Gefängnis sehr anschaulich erfahren, was die Begriffe schuldig und unschuldig bedeuten. Sie sagen kaum etwas über das aus, was ein Mensch wirklich getan hat. Sie sagen aber sehr viel aus über Gesellschaft und ihre Justiz.

Unschuldig sind in dieser Gesellschaft vor ihrer Justiz der Henker vom Volksgerichtshof, der Arzt, der KZ-Häftlinge mit Menschenversuchen zu Tode quälte; der Betriebsführer, der den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen kalkulierte; der Rassenkommentator und selbst nicht der Hersteller von Zyklon B. Unschuldig sind in dieser Gesellschaft und vor ihrer Justiz die Kozernherrscher und -manager, die heute den Hungertod von ungezählten Menschen in der sogenannten 3. Welt ganz selbstverständlich einkalkulieren zum Wohle und zum Segen ihres Profits.

Unschuldig sind die Produzenten von Giftgas und anderen chemischen Giften, die den Tod von Hunderttausenden auf dem Gewissen haben, zum Wohle und Segen des deutschen Exports.

Unschuldig sind die Rassenideologen, die mit ihren Anti-Ausländer-Kampagnen türkische Eltern soweit bringen, daß sie es nicht

mehr wagen, an "Führers Geburtstag" ihre Kinder zur Schule zu schicken.

Unschuldig sind die sogenannten Heiratsvermittler, die Frauen aus Drittweltländern und neuerdings auch aus Polen als sexuelle Handelsware an den deutschen Mann bringen. Unschuldig ist der Chef, der seinen Lehrling vergewaltigt, weil das Gericht lieber einem ehrenwerten Geschäftsmann gleubt, als einem halbwüchsigen Mädchen.

Angesichts dieses gesellschaftlichen und rechtlichen Umfangs mit den Begriffen schuldig und unschuldig, kann ich mich hier nicht verteidigen, indem ich sage, ich bin unschuldig. Ich würde mich damit in die Gesellschaft von alten Judenmördern, neuen Rassisten, von Chefsesseltättern, Vergewaltigern und Frauenhändlern begeben. Ich bekenne mich schuldig, eine radikale linke und feministische Gesinnung zu hegen, und diese nicht ablegen zu können und zu wollen.

Ich bekenne mich schuldig, die Ausbeutung und Ermordung der Menschen in der sogenannten dritten Welt nicht hinnehmen zu können.

Ich bekenne mich schuldig, die Ausbeutung und Erniedrigung der Frauen der Welt als sexuelles Handelsobjekt nicht hinnehmen zu können.

Ich bekenne mich schuldig, die kalte Amnestie für NS-Verbrecher und deren tragende Rolle bei der Etablierung des Staates BRD nicht hinnehmen zu können.

Ich bekenne mich schuldig, weder den latenten noch den akuten Rassismus, weder den latenten noch den akuten Antisemitismus in dieser Gesellschaft hinnehmen zu können. Ich bekenne mich schuldig, die neue Politik der Ausgrenzung und Ausmerzung mittels Gentechnologie und Reproduktionstechnologie, mittels sogenannter Gesundheitsreform und sogenannter Sterbehilfe nicht hinnehmen zu können. Ich bekenne mich schuldig, die Entmündigung und Entwürdigung von Menschen durch Heime, Psychiatrien und Gefängnisse nicht hinnehmen zu können.

Ich bekenne mich schuldig, die Erniedrigung und Ausbeutung der Frauen qua Geschlecht durch die herrschenden sexistischen Strukturen und durch direkte sexistische Gewalt nicht hinnehmen zu können.

Ich bekenne mich schuldig, Feministin, Internationalistin und Antifaschistin zu sein in einer Gesellschaft, die NS-Verbrecher, Sklavenhändler und Ausländer-Raus-Politiker von jeder Schuld freispricht.

## Das Verbrechen der spitzen Feder

Alles, was in Ingrid Strobels vor wenigen Tagen erschienenem Buch steht, ist nicht neu. Es sind Artikel, Essays, "journalistisches Tagewerk", wie sie es nennt. Stellungnahmen, Klarstellungen, entstanden im Laufe der Jahre (zwischen 1981 und 1988), oft geboren aus ihrem Wissen als Historikerin und Feministin.

(TATblatt)

Es mag sarkastisch erscheinen, von einer lebenden Autorin so etwas wie "gesammelte Werke" herauszubringen. Aber gerade das deutet das Ziel an, das mit dieser Justiz des Kaltstellens - und nicht nur von Journalistinnen - verfolgt wird: Kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, jenen, die sich wehren, jeden Spielraum zu nehmen.

Ich halte es für notwendig, die Mauern zu benennen und zu durchbrechen. Aber währenddessen dürfen die, die dahinter sind, nicht verhungern. Auch wenn sie nicht so laut schreien können.

Gegen ein Land, in dem das Tragen von spitzen Federn und scharfen Zungen verboten ist! Freiheit für alle Gefangenen!

*Ingrid Strobl, Frausein allein ist kein Programm, Kore-Verlag, Freiburg im Breisgau 1989*



BRD:

## Kurdische Gefangene im Hungerstreik

Am 10. April begannen 17 in der BRD gefangen gehaltene KurdInnen einen Hungerstreik, in dem sich derzeit noch zwei Gefangene befinden.

(TATblatt:interim)

Die 17 KurdInnen werden der Mitgliedschaft oder der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Zum ersten Mal sollen Frauen und Männer einer ausländischen Organisation durch den Paragraphen 129a kriminalisiert werden.

Im November 1988 wurde ihnen mit 57 Einzelmaßregelungen strenge Haft unter Isolation angeordnet. Weiters wird die Vorbereitung auf ihr Verfahren eingeschränkt, indem die Bundes-

anwaltschaft sich weigert, wesentliche Teile der Ermittlungsakte in die kurdische oder türkische Sprache zu übersetzen, indem keinE zweiteR PflichtverteidigerIn zugelassen wird und türkische Zeitungen verboten sind. Zum Teil wird sogar die VerteidigerInnenpost mit der Begründung angehalten, daß die Briefe in einer Sprache geschrieben sind, die den Kontrollrichtern nicht geläufig und eine Übersetzung aus Gründen der Verpflichtung zur Verschwiegenheit nicht möglich sei.

Am 10. April begannen die kurdischen Gefangenen in ihrem zweiten kollektiven Hungerstreik erneut den Kampf gegen diese Bedingungen. Zur Zeit sind noch zwei von ihnen im Streik. Ihr Prozeß steht unmittelbar bevor! Dieses Verfahren kann eine Vorreiterrolle für weitere Paragraph 129a-Verfahren gegen Mitglieder ausländischer Organisationen (zB IRA, PLO etc) übernehmen.

## Moralisch gerechtfertigt? Weitere Hausbesetzung in Westberlin

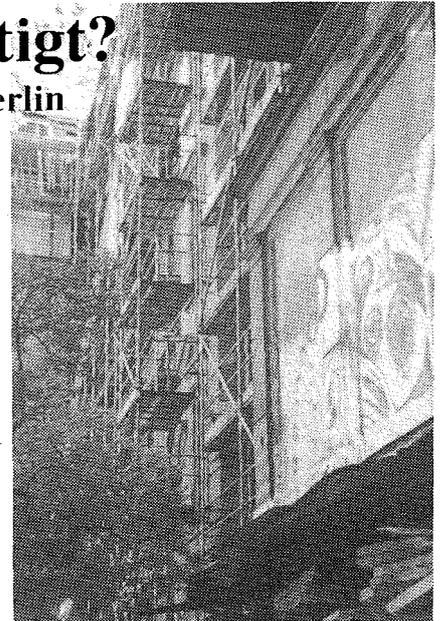
(TATblatt)

Mit der Regierungsmacht-Teilübernahme zu Beginn dieses Jahres begann die Alternative Liste Westberlins damit, Hausbesetzungen zu unterscheiden: in moralisch gerechtfertigte und nicht gerechtfertigte. In der Folge wurden also alle Hausbesetzungen als nicht gerechtfertigt abgeurteilt und die Entscheidungen für die polizeiliche Räumung von der AL mitgetragen. Am 18. Juni wurde allerdings ein Haus - genauer ein leerstehender Flügel eines Hauses - am Kreuzberger Fränkelufer besetzt, was die AL etwas durcheinander gebracht hat.

Eine Mitgliedervollversammlung der AL beschloß die Besetzung als gerechtfertigt zu erachten, da das Haus seit Jahren leersteht und nur zum Schein vom Hausbesitzer, Herrn Gertig, persönlich mit ein bis zwei Hilfsarbeitern im Alleingang "sanziert" wird, freilich ohne daß nennenswerte Baufortschritte erkennbar wären. Innerhalb des rotgrünen Senats kam es daraufhin zu einigen Verzögerungen und einer Hintanhaltung der Räumung. Die alternativen Senatsmitglieder haben mittlerweile entgegen den AL-Beschluß längst umgeschwenkt: Natürlich ist für sie die Besetzung illegitim. Ist doch der Hausbesitzer Gertig in den letzten Jahren so rührend am Werk, mit seiner Handbormaschine. "Die Position der AL zu Hausbesetzungen ist klar", heißt es in

einem Flugblatt der BesetzerInnen, "Besetzungen werden von ihr ebenso wenig wie von anderen staatsgetragenen Parteien tolleriert oder gar akzeptiert und bestenfalls [haben sie] ein taktisches Verhältnis [dazu...], wenn es ihnen in den Kram paßt und sie meinen, sie würden bei einem allzu offensichtlichen Abräumen zu viele ihres WählerInnenpotentials abschrecken. So wurde die Mariannenstraße 9/10 und Oranienstraße 192 ohne Zögern geräumt, während im Falle des Fränkelufers 30 der Wohnungsmißbrauch so offensichtlich ist, daß sie und andere Integrationsstrategen (...) meinen, sich an diesem Haus profilieren zu können. So versuchen sie sich in ihren altbekannten Spaltungsversuchen in moralisch gerechtfertigten und nicht gerechtfertigten Hausbesetzungen (...)

Da der Hausbesitzer - übrigens natürlich auch Eigentümer einiger anderer Häuser in Westberlin - einer unglaublichen Sammlerleidenschaft frönt, ist das Haus (sogar vermietete Wohnungen!) und der gesamte Innenhof mit allem möglichen Zeug vollgestopft, daß zu schier nichts mehr Platz ist. Die BesetzerInnen und GenossInnen nahmen dies zum Anlaß, in einer nächtlichen Aktion einen kleinen Teil des Gerümpels in einem kleinen, lauten Umzug, zum Haustor des Westberliner Bürgermeister Momper zu tragen und dort abzulagern: Die



Polizei ließ gewähren und löste die illegale Demo erst auf, als sie ihr Werk getan hat.

Die meisten MieterInnen des bewohnten Flügels des Hauses Fränkelufer waren über die Besetzung tendentiell erfreut, vermittelten die Schrotthaufen Gertigs doch bislang das Gefühl, auf einer Baustelle zu wohnen. Dem konnten bislang auch persönliche Gespräche des Hausbesitzers nicht abhelfen. Und das, obwohl 1981, als das Haus schon einmal besetzt worden war, MieterInnen, die sich positiv zur Besetzung geäußert hatten, mit Mieterhöhung bestraft, während BesetzungskritikerInnen Monatsmieten erlassen wurden.

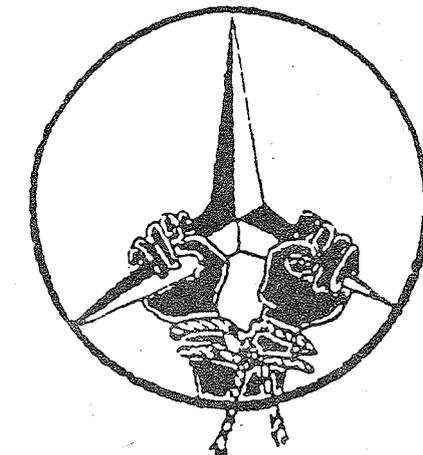
Am Montag, 26. Juni wurde das Haus polizeilich geräumt.

## Mercedes-Benz: Kein guter Stern

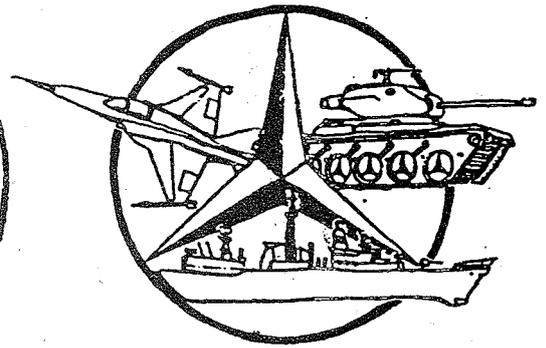
(TATblatt; Flugblatt-Text)

Am 28. Juni fand in Westberlin die diesjährige Aktionärshauptversammlung von Daimler-Benz statt. Daimler-Benz steht derzeit kurz davor, durch den Ankauf der Luft- und Raumfahrtfirma MBB (Messerschmidt-Bölkow-Blohm) zum allergrößten Rüstungskonzern Europas aufzusteigen. Dem steht zwar derzeit noch ein Verbot des Bundeskartellamtes entgegen, doch eine Sondererlaubnis des Bundeswirtschaftsministeriums wird erwartet.

Schon jetzt sind Rüstungsgüter von Daimler-Benz überall dabei, wo Kriege zwischen Staaten angefacht und geführt, wo soziale Unruhen niedergeschlagen, wo GewerkschafterInnen, KirchenvertreterInnen und/oder andere Oppositionelle unterdrückt werden. Beispielsweise mit "Südafrika" pflegt Daimler-Benz eine in vielerlei Hinsicht herausragende Beziehung. Durch die militärische Zusam-



menarbeit mit dem Regime bricht Daimler-Benz sowohl bundesdeutsches als auch internationales Recht. So könnten unter Umgehung des Rüstungsembargos auf Grundlage von Daimler-"Unimogs" Militärfahrzeuge entwickelt werden, die heute das Rückgrat der südafrikanischen Polizei und Armee bilden. Daimler Motoren befinden sich in fast allen Fahrzeugen



von Polizei und Armee, die gegen Demonstrationen, Streiks und bei den berechtigten Zwangsumsiedlungen eingesetzt werden. Durch seine zentrale Stellung im Transportsystem ist die Anwesenheit von Daimler-Benz für die Aufrechterhaltung der Apartheid unverzichtbar und damit in hohem Maße mitverantwortlich.

## "100? Ick gloob ick spinne" Autokrieg in Westberlin

(TATblatt)

In Westberlin wurde jüngst auf der "AVUS", einer kleinen Autobahn, wo bislang Fahren ohne Geschwindig-

keitsbegrenzungen erlaubt war ein 100km/h-Limit eingeführt. Die freien BürgerInnen sahen sich freilich sofort ihres freien Rechts auf freie Fahrt

beraubt und stiegen - oder fuhren vielmehr - sogleich auf die Barrikaden. Eine Auto- und Motorrad demonstration ging allerdings schief, da sich die zur Demo fahrenden Autos und Motorräder - ein paar Tausend an der Zahl - schon bei der Anreise zur Demo in derartige Staus verwickelten, daß nur einige von ihnen ihr Ziel erreichten. Nicht fehlen durften bei der Abschlußkundgebung VertreterInnen vom ADAC (dem bundesdeutschen Automobilclub), der CDU und natürlich der aufsteigenden REP (Republikaner).

Zahlreiche Autos schmückt seitdem ein Aufkleber "100? Ick gloob ick spinne!" Aber die meisten dieser Autos werden wohl selbst diese Geschwindigkeit so bald nicht mehr erreichen, wurde doch in den letzten Tagen ein abruptes Ansteigen der Zahl aufgestochener Reifen an solchen Autos in Westberlin verzeichnet.



Dabei könnte man/frau mit Autos so viele schöne Sachen machen...

Foto: Die von der Polizei (zur Spurensicherung?) aufgesammelten und nun auf dem Gelände einer Polizeikaserne in Westberlin dahinstehenden Wracks von Autos, die am 1. Mai durch Molli-Einwirkung ein Raub der Flammen wurden.

Palästina:

## "...die Hindernisse, die auf dem Weg zur Freiheit liegen, überwinden"

Interview mit "Fatima" (ein Deckname, den sie aus Sicherheitsgründen angenommen hat), einer Frau aus der Intifada. Sie war im Juni anlässlich einer Solidaritätsveranstaltung in Wien, wo wir auch das nachfolgende Gespräch mit ihr geführt haben. Ein Interview mit Uri Davis, der ebenfalls an der Veranstaltung teilgenommen hat, brachten wir bereits im letzten TATblatt.

*TATblatt: Welche Rolle spielen die Frauen in der Intifada?(1)*

Fatima: Die palästinensische Frau leistet Widerstand gegen alle politische Gesetze, die von der Klassengesellschaft diktiert werden. Der Kampf der Frauen ist eng verbunden mit allen unterdrückten Schichten des palästinensischen Volkes, von Kindern, älteren Menschen und Vertriebenen. Die palästinensische Frau integriert sich in den palästinensischen Aufstand, der eine wichtige Rolle in der ganzen Welt spielt. Die palästinensische Frau beteiligt sich auf allen Ebenen: im Gesundheitswesen, der Landwirtschaft, im Haushalt... Unsere Bemühungen in den Frauenkomitees konzentrieren sich auf die Befreiung der Frau von allen alten Traditionen, die die Hände der Frauen fesseln und ihren Beitrag in der Entwicklung der Gesellschaft verhindern.

Wir in den Frauenkomitees haben jeden Anlaß ausgenutzt, um unseren Kampf zu stärken. Auf politischer Ebene kämpfen wir dafür, daß der Volksaufstand immer stärker wird, solange bis wir unser Ziel erreichen. Wir nützen alle unsere Mittel aus, um die Nationalcharta der PLO zu verwirklichen. Die palästinensische Frau nutzt alle Gelegenheiten aus, um zu zeigen, wie ihre Unterdrückung aussieht. Auf nationaler Ebene beteiligt sich die palästinensische Frau an Demonstrationen, bereitet sie vor, und geht in direkte Konfrontation zu den zionistischen Besatzern. Viele Beispiele zeigen die Entschlossenheit der Frau: die Frauen versuchen mit allen Mitteln Kinder vor den zionistischen Soldaten zu retten, sie zu befreien. Frauen beschützen die Kinder und die älteren Menschen vor den Repressalien. Sie organisieren Streiks gegen die Politik der Besatzer. Sie verteidigen die politischen Rechte gegen die eiserne Faust der Besatzer. Bei Haus-



durchsuchungen von Häusern übernehmen meistens die Frauen die Verteidigung der Familie, der Kinder.

Bei solchen Hausdurchsuchungen versuchen die Zionisten, die Arbeit der Frauen besonders zu erschweren. Sie mischen zB Zucker mit Reis oder Reis mit Tee, damit die Frauen den Rest des Tages damit beschäftigt sind, diese Lebensmittel auseinanderzutrennen.

Eine der Aktivitäten der palästinensischen Frauen ist die Förderung des Boykotts "israelischer" Waren und die Förderung palästinensischer Produktionseinheiten und familiärer Kooperation.

Diese Bemühungen der palästinensischen Frauen drücken sich aus im Aufbau von kleinen und mittleren Genossenschaften, die die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen und gleichzeitig die Boykottierung "israelischer" Produkte absichern.

Es ist wichtig, diese Arbeit zu intensivieren und weitere Produktionsstätten, zB Schneidereien zu errichten, die unsere Bedürfnisse erfüllen und gleichzeitig die Förderung des Volksaufstandes garantieren.

Es gibt ein Problem, das die palästi-

nensischen Frauen besonders beschäftigt, und zwar jene Politik der zionistischen Besatzer, die die Menschen in Unwissenheit hält. Es ist nur in sehr wenigen Ausnahmefällen möglich, Schulen regelmäßig zu besuchen, weil die Zionisten diese Schulen schließen, und da ist es wichtig, Ersatz zu schaffen. Die palästinensischen Frauen waren gezwungen palästinensische Volkslehrstätten zu errichten, die in der Lage sind, den palästinensischen Kindern das, was sie nicht mehr in der Schule bekommen, zu ersetzen. Eine Aufgabe die wir als Frauen übernommen haben ist es, uns zu bemühen, das Analphabetentum, das die Zionisten schaffen, zu verhindern.

Auch Kleinkinder bleiben nicht verschont. Es werden auch die Kindergärten geschlossen. Die Besatzung verstärkt die Repressalien und wir intensivieren unseren Widerstand dagegen.

Ein wichtiger Aspekt der Versorgung der Bevölkerung ist das Gesundheitswesen. Ausgehverbote und Razzien der Zionisten verhindern zB, daß Verwundete oder Kranke den Arzt, die Ärztin oder das Spital erreichen können. Wir als Frauen bemühen uns daher, diese Problematik in die Hand zu bekommen. Wir haben versucht, Ersatz für die Spitäler zu schaffen; wir haben eine Art Volksmedizin geschaffen; wir haben versucht den Menschen zu erklären, wie sie sich selbst helfen.

*TATblatt: Was ist der Standpunkt der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten zu den Treffen zwischen konservativen Palästinensern mit "israelischen" Führern?*

Fatima: Prinzipiell haben wir eine ganz klare Meinung dazu; zu all diesen Geschehnissen. Wir lehnen alle Kontakte und alle Verbindungen, die die Beschlüsse der Nationalen Palästinensi-

schen Konferenz in Algier und andere Beschlüsse ignorieren und diese umgehen wollen, ab. Diese Treffen dienen hauptsächlich zur Organisation und Vorbereitung der vorgeschlagenen Wahlen der Zionisten für die PalästinenserInnen. Unsere prinzipielle Haltung ist: unsere legitime und einzige Vertreterin ist die PLO. Und diese Personen vertreten niemanden außer sich selbst.

*TATblatt: Was denken die Leute in den besetzten Gebieten über Arafats Politik, besonders nach der Genfer Konferenz, wo Arafat gesagt hat, daß er "Israel" anerkenne. Danach hat er gesagt, "ich möchte eine Konföderation von Palästina mit "Israel" und eine ökonomische Union zwischen Palästina, "Israel", Jordanien und dem Libanon...*

Fatima: Unsere Haltung, die der Palästinenserinnen und Palästinenser, ist die Unterstützung aller Beschlüsse der nationalen Konferenzen und wir stehen hinter dieser Politik und lehnen jeden Schritt, der diese Beschlüsse ignoriert, ab. Wir halten an den Resolutionen und Beschlüssen der palästinensischen nationalen Konferenzen fest und wir lehnen jede Konföderationsform mit "Israel" oder mit Jordanien, jede Anerkennung des Staates "Israel" ab.

Wir sind überzeugt, daß die Einheit der PalästinenserInnen und der PLO sehr wichtig für uns ist, und wir werden dafür kämpfen, daß eine nicht-abweichende Politik von Mitgliedern der PLO vertreten wird. Über 90% des palästinensischen Volkes und seiner VertreterInnen lehnen jede Form der Kooperation der Versöhnung und der Anerkennung ab.

*TATblatt: Was erwarten sich die PalästinenserInnen von der Solidaritätsbewegung...*

Fatima: Die Solidarität ist ein sehr wichtiger Faktor für die PalästinenserInnen in ihrer Heimat. Das ist wichtig, damit der Volksaufstand weitergeht und das Hauptziel erreicht wird. Das Ziel der Freiheit und Unabhängigkeit ist sehr weit gesetzt und wir müssen sehr viel tun und uns zusammentun, damit wir es erreichen.

Wenn wir über die Details unserer Ziele und die Solidaritäts-Möglichkeiten nachdenken und dabei manchmal

angesichts der großen Aufgaben erschrecken, da kommen wir immer wieder zu der Überzeugung, daß die Volksmassen, daß das Volk, immer wieder in der Lage ist, alle Hindernisse, die auf dem Weg zu seiner Freiheit liegen, zu überwinden. Wir rufen - auch in unserer Heimat - zu einem Boykott "israelischer" Waren auf, wir versuchen eine selbständige Wirtschaft aufzubauen, wir versuchen kleine ökonomische Einheiten zu errichten, - damit unser Kampf weitergeht.

(1) Diese Frage war für das Interview vorgesehen, wurde dann aber nicht gestellt, da sie Thema des von Fatima bei der Veranstaltung, wie auch bei einer Pressekonferenz gehaltenen Statements war und somit schon vorher beantwortet wurde. Die abgedruckte

"Antwort" auf diese Frage ist ein - leicht gekürzter - Abdruck ihrer Ausführungen bei der Veranstaltung.

Anmerkung/Richtigstellung:

Wie schon im letzten TATblatt erklärt, schreiben wir "Israel" immer unter Anführungszeichen, um damit auszudrücken, daß für uns die Vertreibung von Millionen PalästinenserInnen und die Errichtung eines eigenen Staates auf geraubtem Land auch nach 41 Jahren keine Berechtigung hat.

Im TATblatt minus 88 wurde diese Schreibweise allerdings fälschlich auch auf die Antworten Uri Davis' angewandt, was in dieser Form nicht ganz paßt, da Uri dies selbst nicht so schreiben würde. Für Uri ist Israel einfach der Name des zionistischen Staates, der Palästina besetzt hält. Auch wenn er gegen diesen Staat ist, juristisch heißt er Israel, und deshalb nennt er ihn so.

## Namibia:

### Rechts-konservative DTA-Lobby gebildet

Der Prozeß zu Namibias Unabhängigkeit (siehe TATblatt minus 89) hat begonnen und wirft seine Schatten bis nach Österreich voraus. Hier konstituierte sich nämlich ein Verein "Namibia-Komitee", der die "Förderung der Beziehungen zwischen Österreich und Namibia auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und politischen Lebens und die Unterstützung bei der Wahrung und Festigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Namibia" zum Zweck hat.

(zast)

Adressiert ist das Ziel des Vereines an all jene, die wollen, daß eine politische Bewegung, die ihr Ziel mit friedlichen Mitteln zu erreichen versucht in Namibia an die Macht kommt, gemeint ist hier die DTA (Demokratische Turnhallen Allianz, siehe Kasten).

Was verbirgt sich hinter diesem Verein? Bei einer kurzen Recherche zeigte sich, daß die Gründer bzw. der Vorstand (Abg. z. NR Dr. Otto Keimel, Abg. z. NR Prof. Dr. Gerhart Bruckmann, Abg. z. NR Prof. Dr. Herbert Schambeck, Otto Vyslozil, Dr. Helmut Epp) dem rechten Rand der ÖVP zuzurechnen sind, von dem man gewohnt ist, pro-südafrikanische vulgo pro-rassistische Äußerungen wahrnehmen zu müssen. Die sich hier zusammengefundene Gruppe unterstützt die DTA, dementsprechend sind in den von diesem Verein herausgegebenen "Namibia-Nachrichten" (Nr. 1/Mai 1989) außer Hetztiraden gegen die SWAPO auch noch falsche Geschichtsdarstellungen zu finden:

So wenn das Blatt verbreitet, daß die SWAPO den Sondergesandten der UNO Martti Ahtisaari, mit bewaffneten Verbänden empfing, die am 1. April die Grenze von Angola nach Namibia überschritten. Richtig ist vielmehr, daß es auf einen schweren Fehler, wie international mittlerweile auch anerkannt, eben dieses finnischen Sonderbeauftragten, der die Situation falsch einschätzte und außerdem von den demokratischen Kräften Namibias skeptisch betrachtet wurde, da seine Haltung zu Südafrika nicht geklärt ist, zurückzuführen ist, daß SWAPO-Verbände nach Namibia kamen.

Tendenziös verräterisch auch die Kurzdarstellung Namibias; hier wird die Bevölkerung aufgesplittet in die für Apartheidsysteme typische Klassifizierung nach Bevölkerungsgruppen, wobei die Herausgeber es nicht versäumen, neben der Angabe, daß 7 % Weiße sind, sofort die freiheitlich-nationalistischen Kreise anzusprechen, indem sie hinzufügen, daß 20.000

deutschsprachige Weiße darunter sind.

Zweifel über die Position des Komitees verschwinden schlußendlich mit der Erwähnung einer Dokumentation "SWAPO und die Menschenrechte", herausgegeben von der als rechtskonservativ bekannten "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte". Weiters wird in einer Darstellung der Geschichte Namibias u.a. festgestellt, daß die Interimsregierung (hauptsächlich von der DTA gebildet) aufgrund unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten mit der südafrikanischen Regierung zurückgetreten ist. In Wahrheit wurde die DTA von Südafrika abgesetzt, da sie es nicht fertigbrachte von der namibischen Bevölkerung anerkannt zu werden und damit der Versuch Südafrikas, die internationale Lösung freier Wahlen zu unterlaufen, fehlgeschlagen war.

In der Publikation wurde auch noch ein Auszug aus einer Rede von Dirk Mudge (Vorsitzender der DTA, 80-83 Chef der 1. Interimsregierung und von 85-89 Finanzminister der Übergangsregierung) gehalten im November 1988 in Wien, gebracht in der er u.a. meint: "Wir haben heute in Namibia Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Redefreiheit und einen Ombudsmann, der über die Einhaltung der Menschenrechte...wacht". Betrachtet man die Tatsachen und Ereignisse in Namibia, ein Land, das seit der Besetzung durch Südafrika, als Experimentiergebiet für diverse Varianten und Taktiken des Apartheidsystems fungiert, das aufgrund dieser Besetzung eines der höchstmilitarisierten Länder der Welt ist, wo Unterernährung und Mord seitens der SWAPO-Gegner das Tagesgeschehen bestimmen, so zeigt sich klar, daß Dirk Mudge Propaganda im Dienste Südafrikas verbreitet. Das oben erwähnte "Namibia-Komitee" lud namens des Präsidenten dieses Vereins (Abg. z. NR Dr. Otto Keimel) und der Generalsekretärin (Dkfm. Ingrid Fleischmann) zu einem Informationsabend über Namibia (am 15. Juni 1989), an dem der eben erwähnte Dirk Mudge und der Vizepräsident der DTA, Mishaka Muyongo, seines Zeichens ein desertierter SWAPO-Vertreter, teilnahmen.

Ort der Veranstaltung war die diplomatische Akademie der ÖVP, die

einmal mehr als Tagungsort für die finanzkräftigen Rechtsaußen fungierte.

Bei dieser Veranstaltung in relativ intimen Kreise (ca. 50 Personen) kam es nach den Reden der beiden Vertreter der DTA zu wahren Applausstürmen. Anlaß zu diesem waren sinngemäß Aussprüche wie:

- Die DTA war nicht böse genug, tötete zu wenig um internationale Publizität zu erhalten (Mudge)

- Die SWAPO darf keine Stützpunkte in Namibia haben, da sie selbst bis auf wenige Male, nie in Namibia war (Mudge). (Dies ist eine Verhöhnung der internationalen Organisationen und aller demokratischen Staaten der Welt, die die SWAPO als authentischen Vertreter des namibischen Volkes und damit als dessen Befreiungsbewegung anerkennen; M.N.)

- In Namibia herrscht eine entspannte Atmosphäre (Mudge)

- SWAPO möchte freie Wahlen verhindern (Mudge)

- UNO will, daß SWAPO die Wahlen gewinnt. DTA fühlt sich dadurch benachteiligt (Mudge). (Zusätzlich wurde noch erwähnt, daß die OAU, das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen und die Nachbarstaaten Südafrikas und Namibias, gegen die DTA sind, was von den Ver-

tretern der DTA als einseitig und implizit als Hetze empfunden wurde, gegen die man sich in der in Österreich bekannten "Jetzt erst recht Manier" wehren wird; M.N.)

- SWAPO-Mitglieder sind Verbrecher, Mörder, Vergewaltiger (Muyongo)

- SWAPO will nur Erreichung der Macht, danach wird es keine Wahlen mehr geben (Muyongo). (Für die Kolportierung einer derartigen Meldung wurde die Frankfurter Allgemeine Zeitung gerichtlich zu einer Entgegnung gezwungen; M.N.)

Diese Meldungen und die Selbstdarstellung als demokratisch-liberale, für eine freie und offene Marktwirtschaft Eintretende Partei, neben Hinweisen, wie musikalisch die deutsche Sprache klingt und daß es noch immer viele Deutsche in Namibia gibt, war eine Hommage an die freiheitlich-nationalistischen Kreise, die dies auch hörbar positiv bewerteten. Aufgrund solcher Auftritte erhielt die DTA bisher von ausländischen (= westlichen) Unterstützern ca. 40 Millionen Rand (neben 60 Millionen Rand von Südafrika). Zweck dieser Spenden ist der Kauf von Stimmen bei den bevorstehenden Wahlen. Daher ist es als Zeichen der Zeit eine unbedingte Notwendigkeit, die SWAPO ebenso mit finanziellen Mitteln auszustatten, um zu verhindern, daß sich Südafrika und die reaktionären westlichen Kreise Namibia "kaufen". (Spendenkonto für die SWAPO: PSK Nr. 7009 200, Kennwort: SWAPO-Solifonds)

Der Unabhängigkeitskampf für Namibia, der Befreiungskampf für Südafrika und somit der Kampf gegen Rassismus wird auch in Österreich geführt. Der politische Gegner wurde uns durch die Formierung dieses "Namibia-Komitees", das von allen fortschrittlichen politischen Kräften in Österreich als solcher angesehen und konfrontiert werden muß, andererseits durch die überproportional zu seiner Größe stehenden bisherigen Unterstützung des südafrikanischen Rassistenregimes durch Österreich, vor Augen geführt. Beides, sowie der reaktionäre Charakter des Finanzkapitals sind Indiz für die Existenz eines Bodens, auf dem "freiheitliche" Landeshauptleute wachsen.

#### Was ist diese DTA?

Mitte der 70er Jahre wurde die sogenannte Turnhallen-Konferenz (benannt nach dem Tagungsort) eröffnet, an der verschiedenste pro-südafrikanische Parteien teilnahmen. Ergebnis dieser Konferenz war die Gründung der DTA. 1978 fanden von Südafrika kontrollierte und von der SWAPO und der Kirche boykottierte Wahlen statt, die die UN-Forderung, festgelegt in der UN-Resolution 435/1978, nach international überwachten Wahlen unterlaufen sollte. Viele SWAPO-Führer wurden verhaftet und in vielen Gebieten Namibias wurden die Wahlen unter kriegsrechtsähnlichen Bedingungen durchgeführt. Die DTA wurde als Wahlsieger erklärt. Keine Regierung der Welt, mit Ausnahme jener Südafrikas, anerkannten die DTA-Regierung. 1983 wurde die DTA aufgrund von internen Streitigkeiten, Fraktionismus, Korruption und Ineffizienz, abgesetzt und die "Multi-Party-Conference" (MPC = weiße rechtsgerichtete Partei und Vertreter des Bantustans-Systems) 1985 als neue Administration von Südafrika eingesetzt. In der Zwischenzeit kontrollierte Südafrika mittels eines eingesetzten Generaladministrators das Land.

## Das "Verbrechen" Nicaraguas

Nicht mehr Knecht eines Diktators und fremder Konzerne zu sein - und der Wille eine Entwicklung im Interesse der armen Bevölkerungsmehrheit anzustreben: Dieser "Virus" ist der Grund, warum das Modell des neuen Nicaragua abgewürgt werden soll, bisher vergebens.

(joe)

Nicaraguas bekanntester Karrikaturist, Roger, veröffentlichte im Juli 1986 folgendes Bild: Ein riesenhafter Uncle Sam bückt sich, mit einem Fernglas vor den Augen, über das winzige Haus Nicaragua: "Ja", steht in seiner Sprechblase, "ich erkenne es ganz deutlich: Sie wollen uns eindeutig überfallen".

Die Regierung Nicaraguas wäre jederzeit bereit, einen Nichtangriffspakt zu unterschreiben. Uncle Sam will nicht. Er, der tatsächlich illegale Handlungen beging, bombardierte die Regierung in Managua mit Bezeichnungen wie totalitär und stalinistisch. Der Bandit schwang sich zum Sheriff auf und überzog das Land mit dem Krieg der Contras. Die Reagan-Regierung scherte sich einen Deut um die Verurteilung ihrer Aggressionen durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag (Juni 1986), der auch Nicaraguas Anspruch auf Schadenersatz für die erlittenen Schäden bekräftigte.

Die Gegner der SandinistInnen behaupten, diese hielten sich nur mit Gewalt an der Macht. Die schlichte Frage lautet dazu: Wie läßt sich dann erklären, daß die Regierung so viele Waffen an die Bevölkerung ausgeteilt hat und darauf vertraute, daß sie nicht gegen sie selbst eingesetzt werden würden?

Das neue Nicaragua "bedroht" durch sein Beispiel. Die in Washington ausgegebene Verdrehung der Tatsachen soll vorspiegeln: Der Krieg diene zur

Abwehr des "Verbrechens" Nicaraguas. Dieses Verbrechen besteht im Willen, kein Knecht mehr anderer zu werden, das Elend zu beseitigen und die Würde den NicaraguanerInnen zurückzugeben.

Das ist der "Virus", von dem ein ehemaliger Angestellter Uncle Sams sprach, die "Pest", die "Verseuchung" und "Fäulnis" der alten, mörderischen Verhältnisse in Gang setzt - was George Shultz natürlich nicht so verstanden wissen wollte.

Die "Drohung" der sozialen Entwicklung

Die "Drohung" der SandinistInnen besteht darin, eine erfolgreiche Entwicklung eingeleitet zu haben. Sie besteht in beachtlichen Verbesserungen im Gesundheitssektor, im Bildungswesen, sie zeigt sich bei der Agrarreform, um nur einige sehr wesentliche Bereiche zu nennen.

Anfang 1983 faßte die Inter-American Development Bank die Entwicklung seit 1979 wie folgt zusammen: "Nicaragua hat auf dem sozialen Sektor bemerkenswerte Fortschritte erzielt, die eine solide Grundlage für die langfristige soziale Entwicklung darstellen". Die in London ansässige Entwicklungsorganisation Oxfam erklärte, Nicaragua stehe

unter den 76 Ländern, in denen sie tätig ist, "einzigartig" da, was die "Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und die Ermutigung zur aktiven Teilnahme am Entwicklungsprozeß" betreffe <sup>(1)</sup>. Das ist "die Bedrohung des guten Beispiels".

Der Lebensstandard der Armen wurde von 1979 bis 1983 erheblich verbessert. Bis 1983 hatte Nicaragua den höchsten Grad an Selbstversorgung in Zentralamerika und eine eindrucksvolle Steigerung des Lebensqualitätsindex erreicht (errechnet aus den Faktoren Kindersterblichkeit, Lebenserwartung und Alphabetisierung). Noch 1984 überstieg die Pro-Kopf-Rate des nicaraguanischen Wirtschaftswachstums die aller anderen Staaten in Mittelamerika, trotz des Contra-Krieges stieg auch noch der Verbrauch an lebenswichtigen Gütern <sup>(2)</sup>.

Ab 1983 begannen sich der Krieg, der Handels- und der Kreditboykott stark auf die Wirtschaft, die Löhne und

### Der Gesundheitssektor

Vor 1979 war die Gesundheitsversorgung ein Privileg der Oberschicht. Nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung konnte sich die Handelsware "Medizin" leisten, erst acht Prozent waren krankenversichert. Nahezu zwei Drittel der Nicas und vier von fünf Kindern litten an Unterernährung.

Bereits einen Monat nach der Revolution wurde mit dem Aufbau eines integrierten, landesweiten und für alle Patienten erschwinglichen Gesundheitsversorgungsprogrammes begonnen. Die Vorsorge ist besonders wichtig: Besuchten 1978 nur 23% der schwangeren Frauen Vorbereitungskurse, so 1984 bereits 92%. Alle Kinder unter sechs Jahren werden gegen Kinderlähmung, Masern, Keuchhusten und Wundstarrkrampf geimpft. Die Kindersterblichkeit (pro 1000 lebende Neugeborene) wurde 1978 bis 1987 von 121 auf 69 gesenkt, die Lebenserwartung stieg von 53 auf 59 Jahre.

Schon 1981 wählte die WHO Nicaragua weltweit als Muster für Basisgesundheitsversorgung. "Im Kampf gegen die Kindersterblichkeit erreichte Nicaragua unter allen Entwicklungsländern die eindrucksvollsten Fortschritte", urteilt das Kinderhilfswerk der UNO in ihrem Jahresbericht 1985.

Die Contras ermordeten auch medizinisches Personal und zerstörten über 60 Gesundheitsposten und Krankenhäuser. Während in Gebieten abseits des Krieges die Malariafälle von 1984 auf 1985 um 62% gesenkt wurden, stieg sie in den umkämpften Zonen um 17%.

Mit den Budgetmitteln für 1989 (13%) kann das Betreuungsniveau der letzten beiden Jahre aufrechterhalten werden.

bezahlte Anzeige:

# Kräftig.

## Für den friedlichen Aufbau Nicaraguas.



Foto: Pausenwein

**5101 Bergheim**  
Post- und Bahnversand  
Lengfelden 169  
Tel. 0662/52178

**1050 Wien**  
Obere Amtshausgasse 38  
Tel. 0222/543432

**6830 Rankweil**  
Haideldorfstraße 12  
Tel. 05522/41933



ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT  
mit der dritten welt

In den 3. Welt-Läden

praktisch alle Bereiche des Lebens auszuwirken.

### Klare Friedenspolitik der SandinistInnen

Die demokratisch gewählte Regierung Nicaraguas hat bewiesen, daß sie Frieden will. Sie hat als einzige von fünf zentralamerikanischen Staaten die Bedingungen des Arias-Friedensplanes vom August 1987 erfüllt. Im Vertrag vom März 1988 hat sie denen, die ihren Sturz wollen, alle politischen Freiheiten zugesichert. Denen, die unter Somoza Kinder, Frauen und Männer umgebracht haben, den ehemaligen Nationalgardisten, stellte sie die Amnestie in Aussicht, wenn die Contras ihre Waffen niederlegen.

Nun scheint das Kriegsende in greifbarer Nähe zu sein: Im Februar 1989 wurde auf Vorschlag Daniel Ortegas, des Staatspräsidenten Nicaraguas, die Vereinbarung getroffen, die Contras zu entwaffnen - vorausgesetzt, man einigt sich bis Mitte Mai auf die Art und Weise, wie das geschehen soll. Ortega's Angebot: Vorverlegung der Wahlen von November auf Februar 1990, ihre Kontrolle durch die UNO und die Organisation Amerikanischer Staaten sowie die Amnestie von rund 3 900 Nationalgardisten - knapp 1900 wurden bereits im März freigelassen. Präsident Bush begrub am 24. März scheinbar das Kriegsbeil Reagans: Die US-Regierung lege sich auf den diplomatischen Weg zur Lösung der Konflikte in Zentralamerika fest und verpflichtete sich, die Friedensbemühungen der Länder der Region zu unterstützen. So lauten die Versprechen. Washington will aber die Contras mindestens bis zum Wahltermin im Februar 1990 mit monatlich 4,5 Millionen Dollar durchfüttern.

Die Option, die Reagan Bush vermachte hat, läßt nur eine einzige Möglichkeit offen: den Erhalt der Contras. Die nur auf lange Sicht und nur in Friedenszeiten lösbare Wirtschaftskrise Nicaraguas "macht es für Bush sinnvoll (...), die konterrevolutionäre Option in der Hinterhand zu behalten, um sie gegebenenfalls aktivieren zu können und so die SandinistInnen zu erpressen bzw. zu beseitigen<sup>(3)</sup>. Von einem Ende des Handels- und Kreditboykotts ist noch keine Rede. Will man Nicaragua "sanfter" erdrosseln?

Das Angebot von Gorbatschow vom Dezember 1987, die Militärhilfe an Nicaragua einzustellen, wenn die USA

### Das Bildungswesen

Das größte kulturelle Ereignis, das bisher in Nicaragua stattgefunden hat, ist die in der Dritten Welt vorbildhafte Alphabetisierungskampagne 1980. Nahezu Hunderttausend SchülerInnen und StudentInnen unterbrachen ihr Studium für sechs Monate, um das Erlernte mit rund 400.000 ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen zu teilen.

Lernen in der Kampagne heißt im Sinne von Paulo Freire, als LehrerIn auch SchülerIn und als SchülerIn LehrerIn zu sein, tagsüber miteinander zu arbeiten, abends gemeinsam zu lernen.

"Die Alphabetisierungskampagne ist zu einem beispiellosen Erfolg geworden, die UNESCO hat über viele Jahre mit ihrem Schwerpunktprogramm nicht annähernd ähnliches zu Wege gebracht" (Jürgen Zimmer, Pädagogik der Befreiung. München 1983). Die AnalphabetInnenrate wurde von rund 50% auf 13% gesenkt.

Innerhalb von nur drei Jahren, bis 1982, verdoppelte sich die Zahl der Grundschulen und erhöhte sich die der weiterführenden Schulen um die Hälfte. Ab 1981 begannen die dreijährigen Erwachsenenbildungsprogramme mit über 20.000 kleinen Studiengruppen, überwiegend auf dem Lande.

### Die Agrarreform

Unter Somoza herrschte in Nicaragua ein für Dritte Welt-Länder typische Aufteilung des Bodenbesitzes. Ein Prozent der Bevölkerung besaß rund die Hälfte der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, allen voran - mit 21% - die Familie Somoza. Jede/r zweite Nicaraguaner/in auf dem Lande hatte keinen Grund und Boden und war völlig darauf angewiesen, sich als Tagelöhner/in auf den Plantagen der Großgrundbesitzer zu verdienen.

Die bisher in drei unterscheidbaren Phasen erfolgende Agrarreform hat das Ziel, innerhalb von zehn Jahren etwa ein Drittel der Agrarfläche umzuverteilen bzw. bisher unsichere Besitztitel zu garantieren. Anfangs wurde Land vorwiegend verstaatlicht und Genossenschaften zugeteilt, später verstärkt auch einzelnen Kleinbauernfamilien. Enteignet wurde bis Ende 1985 nur brachliegendes oder ungenügend genutztes Land von BesitzerInnen, die mehr als 350 ha im westlichen bzw. 700 ha im östlichen Teil Nicaraguas besaßen (detailliert bei Thielen, 1, 165 f.). Mit der im Jänner 1986 verabschiedeten, zweiten Neufassung des Agrarreformgesetzes können jetzt Betriebe jeder Größe enteignet werden.

Das bisherige Ergebnis lautet: 66% sind in Privatbesitz, 21% gehören Genossenschaften und 13% dem Staate (Thielen, 2, 105). Die neue Bodenaufteilung folgt den Artikeln 5 und 6 der nicaraguanischen Verfassung - der Staat "gewährleistet den Bestand (...) der gemischten Wirtschaftsform".

Der Anteil der Betriebe über 350 bis mehrere tausend ha wurde von 41% auf 11% verringert. Über 100.000 Bauernfamilien bekamen die Eigentumstitel für ca. 2 Millionen ha zugesprochen; ca. 60% sind Bestätigungen zuvor ungesicherter Nutzungen, d.h. tatsächlich umverteilt wurden etwa 0,8 Millionen ha. 1985 wurde die Bedingung der Mitgliedschaft bei einer Kooperative als Voraussetzung für die Landzuteilung aufgehoben.

"Schon jetzt (1986) ist die nicaraguanische Agrarreform eine der grundlegendsten und umfassendsten, die in den letzten 20 Jahren in einem Dritten Welt-Land durchgeführt wurde. Bemerkenswert ist, daß die Produktion kurzfristig nicht zurückging, was sonst bei solchen Reformen häufig der Fall ist" (Norbert Greinacher u.a.: Herausforderung im Hinterhof. Das neue Nicaragua - Eine Bestandsaufnahme. Hammer Verlag, 1986, S. 39 f.)

ihre militärische Unterstützung für die anderen mittelamerikanischen Länder aufgeben, liegt weiter auf dem Tisch.

Mit ihrer Politik des Friedens unterstreichen die SandinistInnen das Recht auf Selbstbestimmung und damit auf einen eigenen Weg der Entwicklung.

### Hoher Preis der Befreiung

Der Preis der Freiheit, nicht länger Hinterhof zu sein: acht Jahre Krieg, rund 30.000 Tote, über 11.000 Waisen, Zigttausende Verwundete. Um sich die Kriegsschäden im Wert von rund 13 Milliarden Dollar annähernd vorstellen zu können: Die jährlichen Exporte bringen 250 Millionen Dollar. Die Verteidigung verschlang in den letzten Jahren etwa die Hälfte der Staatsausgaben.

Zehn Jahre nach dem Triumph, nach dem Ende der über 40 Jahre währen-

den, grausamen Diktatur des Somoza-Clans, ist Nicaragua immer noch frei, aber seine Wirtschaft am Rande des Ruins. Das Budget für 1989 wurde um 43% auf 260 Millionen Dollar gekürzt. Betroffen sind vor allem die Bereiche Innenministerium und Verteidigung, aber auch Erziehung und Gesundheit. Mit der für Lateinamerika höchsten Pro-Kopf-Auslandsverschuldung am Hals (insgesamt bei 7 Milliarden Dollar) geht der Kampf nun ums wirtschaftliche Überleben.

Unterstützung von außen ist dringend nötig. Österreichs Regierung, die ihre Hilfe an Nicaragua seit 1982 mehr als dezimiert hat, ist aufgerufen, solidarisch zu handeln.

<sup>(1)</sup> Zit. nach Noam Chomsky: Die 5. Freiheit. Über Macht und Ideologie, Vorlesungen in Managua. Argument Verlag, Hamburg 1988, S. 106

<sup>(2)</sup> Noam Chomsky: Vom politischen Gebrauch der Waffen. Verlag Guthmann Peterson, Berlin 1988, S. 92

<sup>(3)</sup> Zeitschrift "Envio", Nov./Dez. 1988, S. 3

## Betrifft: TATblatt

Der Sommer ist da!

Ein solches Ereignis kann natürlich auch für die Zeitungsmacherei nicht bedeutungslos sein, herrscht doch in der Ferienzeit gemeinhin so etwas ähnliches wie Nachrichtenflaute. Dies liegt zum Teil daran, daß weniger passiert, weil die AktörInnen des politischen Widerstandsgeschehens Urlaub machen. Zu einem größeren Teil liegt daran, daß zwar zweifelsohne auch im Sommer was vor sich geht auf der Welt, aber die, die sich sonst darum kümmern, selbiges in den Ferien nicht tun.

Das heißt aber nicht, daß es deswegen für uns nun nichts zum Tun gäbe. Infrastrukturell/organisatorisch/checkerische Arbeiten gibt's zu Hauf, und da diese zu einem beträchtlichen Teil nicht so einfach neben der normalen Zeitungsproduktion erledigbar sind, kommt uns so eine Nachrichtenflaute eigentlich ganz gelegen, weil wir uns jetzt endlich mal diesen Sachen widmen können - auf, daß das TATblatt besser werden möge. Zu einem gewissen Grad bringt es der Sommer aber auch mit sich, daß wir uns der allgemeinen Ausspann-, Erholungs-, Reise- und alles-mögliche-sonst-was-Welle ganz bewußt nicht gänzlich entziehen wollen (weil wir nämlich auch schon ganz schön fertig sind, und uns zur Abwechslung mal ein paar streßfreie Tage machen wollen, weil wir's sonst nicht mehr packen!)

Langer Schreibe kurzer Sinn: während des Sommers erscheint das TATblatt ausnahmsweise und vorübergehend nur monatlich (in etwa). Ab September geht's dann wieder weiter im normalen 2-Wochen-Rhythmus.

In diesem Sinne:

Liebe, Kraft und schönen Sommer!  
Einer vom TATblatt-Kollektiv



## Leserbrief:

Zur AusländerInnenfeindlichkeit der "KPÖ"

(Antwort auf den Leserbrief im TATblatt-minus-88)

Der Leserbrief im Tb-88, der die AusländerInnenfeindlichkeit der "KPÖ" verharmlosen will, geht am Kern der Frage vorbei, wenn er zwei Zeitungen einer Organisation gegenüberstellt und damit beweisen will, daß die "KPÖ" "nur" in Traiskirchen gegen AusländerInnen hetzt.

Ist denn nicht allgemein bekannt, daß allgemeine Erklärungen einer Partei das eine und ihre Praxis oft eine ganz andere ist? Traiskirchen und der Bezirk Baden sind doch zweifellos ein Brennpunkt, wo eine Organisation, die den Anspruch erhebt, fortschrittlich zu sein, nicht mit allgemeinen Aussagen hausieren kann, sondern den Druck ausländischerInnenfeindlicher Stimmungsmache ihre Haltung in der Praxis tagtäglich beweisen muß. Und was ist das für eine Organisation, die genau dort, wo es drauf ankommt, denselben Scheiß verbreitet, wie alle anderen bürgerlichen Parteien? Wenn es der "KPÖ" wirklich ernst wäre mit dem kompromißlosen Eintreten "für die Rechte der ausländischen MitbürgerInnen" (Leserbrief), wären diese Hetzer vor Ort schon längst ausgeschlossen worden.

Geradezu lächerlich ist die Leserbrief-Meinung, daß eh nur die KP-Zeitung "Rundschau" "ungewollt" Hetze gegen AusländerInnen verbreite. Erstens erscheint diese Bezirksausgabe unter Kontrolle der Bezirksleitung, und zweitens verbreiten die führenden KPÖler von Traiskirchen ständig in öffentlichen Auftritten die gleichen Ungeheuerlichkeiten. Eines der letzten Beispiele

war die sog. "Bürgerversammlung" zum Thema "Flüchtlingslager" im Traiskirchner Kulturheim am 17. Mai 1989. Geladen hatte der SP-Bürgermeister von Traiskirchen und an die 600 Menschen waren gekommen. Für die entsprechende "Stimmung" sorgten unter anderem die sogenannten "Kommunisten" der KPÖ, die sich als Einpeitscher des AusländerInnen-Hasses profilierten und dafür viel Applaus ernteten.

Mit populären Reden gegen Flüchtlinge, die in Autos vor dem Lager campieren, weil sie keine anderen (erschwinglichen) Schlafplätze finden und für die keinerlei sanitäre Einrichtungen zur Verfügung stehen, heizte der ehemalige Gemeinderat der KPÖ Riedl die Stimmung auf und forderte schließlich das Innenministerium auf, "für Ordnung zu sorgen, daß wir nicht auswandern müssen, weil andere aufgenommen werden." Der Beifall war ihm sicher, als er schließlich gegen die LagerbewohnerInnen hetzte und diesen samt und sonders den Flüchtlingsstatus absprach: "Das sind Auswanderer, und als solche sind sie auch zu behandeln!" Was er mit "behandeln" meinte, führte er zwar nicht aus, ließ aber im Zusammenhang seiner Rede trotzdem keine Zweifel.

Der derzeitige KPÖ-Gemeinderat Schauderer schlug in dieselbe Kerbe, bezeichnete einen AusländerInnen-Anteil über 10% als "nicht zumutbar" und verlangte verstärkte Gendarmereieinsätze, um die "Sicherheit der Bevölkerung" zu gewährleisten (zitiert nach "Rundschau" Nr. 21/89).

Wer zu derartigen Auftritten nichts anderes zu sagen hat, als "aber die Volksstimme hat sich immer wieder für die Rechte der ausländischen MitbürgerInnen eingesetzt", ist entweder grenzenlos beschränkt oder ein unglaublich mieser Demagoge.

e. (igara)



Am 24. Juni fand mit einwöchiger Verspätung das von TATblatt, IGARA und vielen Einzelpersonen organisierte "Grätzelfest für solidarische Nachbarschaft" - gegen AusländerInnenfeindlichkeit - im Einsiedlerpark in Wien 5 statt. Viele Leute aus dem Bezirk, TürklInnen, JugoslawInnen, "linke Szene-Leute" usw sind gekommen. Alles in allem: es war irrsinnig leiwand. Und weil es uns so gut gefallen hat, bringen wir hier ein paar Fotos davon.

**Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.**

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen.

Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein.

Die TATblatt-Minus-Nummern sollen aktuelle Beiträge und Hintergrund-Reportagen enthalten, sowie einen Teil, um das Zeitungsprojekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw. Natürlich gibt es auch Platz für Reaktionen.

...und das alle vierzehn Tage. Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

**Schickt uns bitte massigst: Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe, usw.**

Artikel, LeserInnenbriefe, etc bitte an:  
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1050 Wien, Postfach 282  
Bestellungen bitte mittels Erlagschein auf P.S.K. 7547 212 (Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt)

### Die TATblatt-Kollektive:

#### Wien:

Büro: Wien 5; Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller  
Telefon: (0222) 54 23 07  
Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282

offene Treffen:  
jeden Donnerstag, um 19 Uhr im TATblatt-Büro.

#### Graz:

Kontakt-Telefonnummern:  
Kristof: (0316) 83 57 79 oder  
Elisabeth: (0316) 96 23 63

Redaktionscafé:  
jeden zweiten Sonntag, um 19 Uhr im Beisl in der Korösisstraße 28)  
(nächstes Treffen telefonisch erfragen)

# An:

P.b.b. \* Verlagspostamt 1050 \* Erscheinungsort Wien

## Das TATblatt im Abo: Der TATblatt-Baustein (um S 96.-)

Baustein-KäuferInnen erhalten das TATblatt regelmäßig zugeschickt. Ein Baustein entspricht also gewissermaßen einem Abo. Bloß: Auch wer mehr Bausteine kauft, bekommt nur ein TATblatt. Es ist also vollkommen unproblematisch, zwei, drei, vier, viele Bausteine zu kaufen, ohne alle vierzehn Tage einen vollkommen überfüllten Briefkasten zu haben. Ein Baustein gilt für 10 Minus-Nummern. Also einfach Erlagschein ausfüllen, einzahlen, und paßt schon. (Wegen des teureren Versandtarifes ist es für TATblatt-InteressentInnen aus dem Ausland notwendig, zwei Bausteine zu kaufen, um das TATblatt zugeschickt zu bekommen)

## Mitgliedschaft (für nur 1 Schilling täglich)

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1.- pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.- Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

## TATblatt-Einzelverkaufsstellen:

### Wien:

#### Buchhandlungen:

- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 15)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- VKA (6, Stiegegasse)
- Reisebuchladen (9, Kolingasse 6)

#### ferner:

- ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- EZA (5, Obere Amtshausgasse 38)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstr. 99; Mo-Fr 19-2 Uhr)
- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozsigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)
- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24)
- Blaue Tomate (15, Wurmsergasse)

### Linz:

- Kasperkeller (Spittelwiese)

### Graz:

- Dradiwaberl (Tummelplatz 6; Antiquariat Zinzendorfergasse)
- ÖH-GEWI (Schubertstraße 2-4; Zi. 5)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

## Auch der schönste Baustein geht einmal vorüber...

...und so kommt es, daß dieses TATblatt für viele das letzte sein wird, wenn sie nicht schnell einen neuen TATblatt-Baustein kaufen.

Ein Baustein gilt bekanntlich für zehn TATblatt-Minus-Nummern.

Ab sofort ist die letzte Ausgabe, die du um deinen Baustein noch zugeschickt bekommst, im Adreßpickerl, unter halb deines Namens, notiert ((in doppelter Klammer)).

Schau bitte mal nach, und verlängere dein Abo rechtzeitig - durch Kauf eines neuen Bausteins - mittels beiliegendem Erlagschein.

## Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt  
1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller  
Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282  
Telefon: (0222) 54 23 07  
Mailbox-Fach: (0222) 597 12 25 (TATblatt)  
Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212  
DVR Nr: 0558371

Flugblätter und dgl sind als Dokumente aufgenommen und Bestandteil des TATblatts. Sofern sie Impressi tragen, haben sie hier keine Gültigkeit. Es gilt lediglich das Impressum des TATblatts.

## Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Das nächste TATblatt erscheint ausnahmsweise erst am 1. August  
Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 25. Juli**